

Die Arbeit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags aus...
Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M.

Die abgedruckten Konventionen über den Krieg...
Das fertige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

# STREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Kriegsrechnung

##### II. Die Zahlungsmöglichkeit

Wir haben in der „Freiheit“ bereits die ökonomische Un-
erfüllbarkeit der Pariser Beschlüsse nachgewiesen und ihren
in sich widersprüchlichen Charakter aufgezeigt. Zwar hat
der französische Finanzminister Doumer gemeint, Deutsch-
land könnte „leicht“ seinen Export, der 1913 10 Milliarden
Goldmark betrug, auf 17 Milliarden steigern. Denn die
Preise hätten sich ja etwa um 70 Prozent erhöht. Wenn
Deutschland seine Einfuhr von etwa 11 auf 5 Milliarden
verringere, dann bleibe sogar ein jährlicher Ueberschuß von
12 Milliarden. Herr Doumer hat leider vergessen, daß, wenn
alle Preise um 70 Prozent gestiegen sind, ja auch die Preise
der eingeführten Waren davon betroffen werden, so daß
schon deshalb die Warenverringering der Einfuhr in
fastem Ausmaß unmöglich ist. Wir werden umgekehrt die
Einfuhr vermehren müssen, weil wir ja mehr Rohstoffe
brauchen, um sie dann, verarbeitet, auszuführen und so unseren
Export steigern zu können.

In Wirklichkeit sind all solche Rechnungen ökonomisch
vollständig unsinnig. Betrachten wir die Handelsbilanz
einiger wichtiger Staaten, so ergibt sich folgendes Bild:

	1904	1909	1913
<b>Deutschland</b>			
Einfuhr:	6711,1	9138,7	11654,8
Ausfuhr:	5565,4	7175,4	10891,8
<b>Groß- britannien</b>			
Einfuhr:	11241,2	12744,0	15682,2
Ausfuhr:	7588,7	9578,3	12850,3
<b>Frankreich</b>			
Einfuhr:	4577,2	6285,2	8234,9 (1912)
Ausfuhr:	4595,6	5985,8	6579,1 (1912)
<b>Belgien</b>			
Einfuhr:	3541,3	4800,5	6007,8
Ausfuhr:	3079,3	4080,1	4940,6
<b>Italien</b>			
Einfuhr:	1568,1	2387,8	3035,9
Ausfuhr:	1322,5	1570,2	2108,8
<b>Rußland</b>			
Einfuhr:	1407,0	1697,5	2531,1 (1912)
Ausfuhr:	2178,8	2953,2	3290,6 (1912)
<b>Niederlande</b>			
Einfuhr:	4083,9	5283,8	6600,4
Ausfuhr:	3371,2	4182,9	5241,1
<b>Argentinien</b>			
Einfuhr:	788,6	1223,2	1708,5
Ausfuhr:	1009,8	1600,3	1958,2
<b>Vereinigte Staaten</b>			
Einfuhr:	4162,6	5510,1	7614,6
Ausfuhr:	6135,6	6984,8	10356,7
<b>Japan</b>			
Einfuhr:	779,9	827,8	1531,8
Ausfuhr:	670,4	867,5	1328,2

Die Zahlen bieten ein Bild fortschreitender Entwicklung.
Es ist ja auch eine Glanzperiode des kapitalistischen Auf-
schwunges, um die es sich handelt, wo der Außenhandel da-
durch einen mächtigen Impuls empfangen hatte, daß durch
Kapitalexport weite Gebiete rasch erschlossen worden
sind. Trotzdem wird man vergeblich jene sprunghafte Steige-
rung um 7 Milliarden in einem Jahre finden von der Herr
Doumer gesprochen hat. Für Deutschland umso weniger, als
ihm das Mittel des Kapitalexports in der nächsten Zeit ver-
sagt ist. Die entwickelten kapitalistischen Staaten haben vor
dem Kriege in großem Ausmaß den unentwickeltesten Gebieten
Anleihen gegeben und diese dadurch in den Stand gesetzt,
als Abnehmer für die Produktionsmittelindustrien der Gläu-
bigerstaaten aufzutreten. Dies umso mehr, da mit der Ge-
währung von Anleihen zugleich Verpflichtungen für Ab-
nahme der Industrieprodukte Hand in Hand gingen. Diese
Methode für Anleihen ist jetzt vorbei.

Die Zahlen zeigen aber auch noch, wie eng Import und
Export miteinander verbunden sind, wie die Steigerung
beider Hand in Hand gehen. Und das ist ja nur selbstver-
ständlich, da ja die eingeführten Waren nur mit den aus-
geführten Waren bezahlt werden können, bis auf eine
Differenz, die bei England am größten ist und 1913 2,7
Milliarden betrug, bei Deutschland circa 800 Millionen M.
Diese wurden ausgeglichen hauptsächlich durch die Eingänge
für Frachten, durch die Erträge aus auswärtiger Kapital-
anlagen usw. Zugleich sehen wir bei allen entwickelten Län-
dern, daß die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt. Eine Aus-
nahme bilden die Vereinigten Staaten, dieses
riesige Rohstoffgebiet, wo die Ausfuhr bedeutend die Ein-
fuhr überwiegt. Einen Teil des Ueberschusses mußte Amerika,
das bis zum Kriege an Europa stark verschuldet war, als
Zins an das europäische Kapital zahlen. Dazu kommt noch
eine andere Erwägung. Betrachtet man die deutsche Ein-
fuhr von 1913, so ergibt sich, daß 3,8 Milliarden auf die
Einfuhr der notwendigen Rohstoffe entfallen, von denen
Baumwolle mit 607 Millionen an der Spitze steht. Ueber
3 Milliarden oder 28,3 Prozent der Gesamteinfuhr entfallen
auf Lebensmittel, davon 1,3 Milliarden, oder 12,2
Prozent auf Getreide. Kaffee wurde dagegen nur für 210
Millionen oder 2 Prozent, Tabak für 134 Millionen oder
1,2 Prozent eingeführt.

Von den eingeführten Fabrikaten bilden größere
Posten nur die Einfuhr von Baumwolle, und Wollefabri-
katen, die zusammen etwa 340 Millionen oder 2,2 Prozent
ausmachen.

Diese Angaben beweisen, daß eine Drohszene der Ein-
fuhr nur bis zu einem geringen Grade möglich ist. Zwar ist
der Verbrauch der breiten Massen in Deutschland nicht nur
den sogenannten Luxusartikeln Kaffee, Tee, Schoko-
lade, Alkohol, sondern auch an den notwendigen Lebens-
mitteln außerordentlich zurückgegangen. Dafür sorgte zuerst
Krieg und Blockade dann das rapide Sinken der Kaufkraft

#### Die Internationale Konferenz in Wien

##### Gemeinsame Front gegen den gemeinsamen Feind

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Wien, 23. Februar.

In der heutigen Sitzung referierte der Vertreter der englischen
Unabhängigen Arbeiterpartei, Genosse Wallhead, über
Imperialismus und soziale Revolution. Er führte
aus, daß die Expansionsbestrebungen der imperialistischen Staaten die
Teilung Europas in zwei feindliche Lager zur Folge gehabt und
schließlich zu der beispiellosen Katastrophe geführt habe, in der
zwei Millionen Menschen zugrunde gegangen sind. Die I. A. P.
hat auch während des Krieges den englischen Arbeitern gesagt, daß
er ein imperialistischer Krieg sei. Heute, wo die ungeheure
Arbeitslosigkeit in England herrscht, sieht die englische
Arbeiterklasse, für welche Zwecke sie gebraucht wurde. Die eng-
lischen Arbeiter bekämpfen den Vertrag von Versailles als schlecht,
sie glauben nicht, daß ein solcher Vertrag ausreicht zuhalten ist.
Mit der Zerschmetterung des deutschen Militarismus sei den
Völkern nicht gedient, wenn an seine Stelle ein anderer trete.
Der Imperialismus sei der gemeinsame Feind
der ausgebeuteten Massen aller Länder. Die
wichtigste Aufgabe sei, eine gemeinsame Front gegen den
gemeinsamen Feind zu bilden, eine Vereinigung der sozia-
listischen Kräfte zu schaffen zur Niederwerfung des Kapitalismus
und des Imperialismus.

In der Nachmittagsitzung sprach Friedreich Adler über die
„Methoden und die Organisation des Klassen-
kampfes“ und erklärte, die sozialistische Revolution könne nur
dann zum Siege kommen, wenn sie sich in den indus-
triellen Ländern durchsetze. Wir sind überzeugt, sagte
der Redner, daß, wenn wir die Moskauer Schablone blind
abgepreizten wollten, sie zum Ruin der Arbeiterbewe-
gung der ganzen Welt für sehr lange Zeit führen würde.
Wir müssen uns in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen,
ohne Rücksicht auf Angriffe von rechts oder links, in dem un-
beugsamen Wunsche, eine Arbeitsgemeinschaft des Proletariats zu
schaffen, in der dieses fähig ist, die gemeinsame Aktion zum Siege
der sozialen Revolution durchzuführen.

##### Die Delegierten zur internationalen Konferenz

Am Dienstag lagen folgende Anmeldungen vor:
Von den Parteien, die bereits auf der Vorkonferenz in Inns-
bruck angemeldet waren, wurden folgende Vertreter namhaft
gemacht:

Deutschland (I. S. P.): Crispian, Dittmann, Dilmann, Henke,
Hilferding, Ledebour, Lipinski, Lore Agnes, Tony Sender, Zuffe
Zieg.

England (I. A. P.) entsendet A. C. Wallhead, E. Schinwell,
R. Rifen und J. H. Hudson, die von Ch. Roden Burton als
Uebersetzer begleitet werden.

Aus Frankreich kommen zehn Genossen, unter ihnen: Longuet,
Paul Faure, Kitzral, Renaudel und Brade.

Die jugoslawischen Sozialisten werden vertreten sein: Serbien
durch Dr. Topalovic Lapcevic, Jaskic, Rofanin, Milica Topalovic
und Gjuri; Kroatien durch Bornemissa; Slowenien durch die Ab-
geordneten Kristan, Dr. Korun und Bernat.

Die Sozialdemokratie Belgiens hat als ihre Delegierten Kalnin
(Niga) und Wilkin namhaft gemacht.

Die Poale Zion meldet Kaplansty (London), und Loder
(Wien) an.

Für die russischen Parteien kommen als Vertreter der Sozial-
demokraten (Bolschewiki): Martow, Abramowitsch, Dalin und
Frau Probo; für die Linken Sozialisten-Revolutionäre: Sape-
der, Gogolowitsch und Lundberg.

Die Schweizer Partei entsendet: Grimm, Graber, Vogel (Bern),
Kobs, Otto Lang, Brynd (Zürich), Schmidt (Basel), Raine
(Naadi).

Die Deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei werden
vertreten sein durch die Abgeordneten Cermak (Teplic), Dr. Cech
(Wrünn), Hillebrand (Karlsbad), Rögler (Bozenbach), Schäfer
(Reichenberg), die Genossen Hebrich (Bistabitz), Ritschmann
(Neutitschein) und Grete Goldschmidt (Teplic).

Inghem haben sich noch folgende Parteien angemeldet, über
deren Zulassung die Konferenz entscheiden wird:

Die Deutschen Sozialdemokraten Polens (Zap-
tuski und Dr. Grinbaum); aus Rumänien die Föderation
Sozialistischer Parteien der Bukowina (Grigorevici, Dr. Wils-
ner, Kratalla), die Siedenerbürger-Banater Arbeiter-
partei (Dr. Roman), die Sozialdemokratie Ultramariens
(Reinea); die Polnischen Sozialdemokraten der
Tschechoslowakei (Romeinowski, Ljak); die Ungarische
Sozialdemokratische Partei in der Tschecho-
slowakei (Maner, Fehér), die Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Bulgariens (Sakajow, Dr. Dildrow, Jankow) und die
Linken Sozialisten-Revolutionäre Litauens (Januskiwitsch).

Ihren Beitritt zur internationalen Konferenz ohne Cassendung
von Delegierten haben erklärt die Sozialistische Partei Grie-
chenlands und die argentinische Partei.

der Mark. Man kann ohne Uebertreibung annehmen,
daß die Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter und
Angestellten, aber auch breiter Schichten der Intelligenz und
des Mittelstandes heute bereits um ein Drittel der Le-
benshaltung vor dem Kriege zurückgegangen ist. Auch
wenn nach den Wünschen Pariser Finanzpolitiker, die sich
mit denen der deutschen Reaktionskräfte treffen, der Druck der
indirekten Steuern noch gesteigert würde, würde die Einfuhr
der Lebensmittel nicht nur verhindert werden können, son-
dern diese müßte noch — wenigstens in den nächsten Jahren —
gesteigert werden. Denn einerseits sind im Osten die
agrarischen Ueberschußgebiete verloren gegangen, und noch
schwerer wirkt, daß unsere Landwirtschaft in ihrem Ertrag
einen geradezu katastrophalen Rückgang, namentlich des Ge-
treideertrages aufweist.

Nach den Angaben des preussischen Landwirtschaftsminis-
teriums ist die Anbaufläche auf den heutigen Umfang des
Reichs bezogen von 1913 bis 1919 zurückgegangen: bei
Weizen um 18,5 Proz., Futtergetreide 12,5 Proz., Kartoffeln
24 Proz., Zuckerrüben 33,1 Proz. insgesamt ist die Anbaufläche
seit 1913 um 2 830 000 Hektar zurückgegangen. Aber auch auf der
verminderten Anbaufläche sind die Erträge pro Hektar
um 21 bis 36 Proz. zurückgegangen. Die gesamten Ertrags-
mengen des Reichs weisen für das Jahr 1918 gegenüber 1913
folgenden Rückgang auf: Brotgetreide 35,3 Proz., Futter-
getreide 33,6 Proz., Kartoffeln 46,6 Proz., Zuckerrüben 38 Prozent.
Dieser Rückgang hat 1920 noch zugenommen. Nach offiziellen
Angaben weisen die Hektarbeträge des Getreidebaues 1920 eine
Einbuße von 40 Proz. gegenüber 1913 auf.

Nach den Veröffentlichungen des statistischen Reichsamts
wurden geerntet in Millionen Tonnen:

	Weizen	Korn	Getreide	höher	Kartoffeln	Rüben
1920	2,2	4,9	1,7	4,5	28,2	7,9
1919	2,1	6	1,6	4,4	21,4	5,8
1913	4,4	12,1	3,5	9,5	52,8	9,8

An eine Verminderung der Nahrungsmittelaufuhr ist
unter diesen Umständen nicht zu denken, wenn nicht ein er-
heblicher Teil der städtischen Bevölkerung arbeits- und
leistungsunfähig werden soll. Dann läßt sich aber wiederum
keine Produktionssteigerung erzielen. Ebenso unmöglich ist
eine erhebliche Einschränkung der Rohstoffeinfuhr, weil ja
diese Einfuhr erst den Export ermöglichen, ihm voraus-
setzen muß.

Auf der anderen Seite bestand unser Export vor allem
in Fertigfabrikaten. Die Hauptposten machen Eisen-
waren und Eisenwaren aus, die zusammen etwas über
1,3 Milliarden oder 13,2 Prozent der Gesamtausfuhr be-
tragen. Auf Rohstoffen oder schmelzbaren Eisenlegierungen

entfielen davon 65,4 Millionen. Die Ausfuhr von Maschinen
und Maschinenteile machte 68,3 Millionen oder 6,8 Prozent
aus. Auf Baumwolle und Wollewaren entfielen 96,9
Millionen oder 9,5 Prozent, auf Kohle, Koks und Bricketts
706,8 Millionen oder 7 Prozent, Kalk und Kalisulfat
122 Millionen oder 1,2 Prozent, Farbstoffe 195
Millionen, Zucker 284 Millionen, Getreide 423,6 Millionen,
Rohzinn 430,8 Millionen. Die Zahlen zeigen, daß wir, mit
Ausnahme von Kohle, keine wichtige ins Gewicht fallende
Rohstoffe für die Ausfuhr zur Verfügung haben. Selbst die
deutsche Rohausfuhr spielt keine besondere Rolle, und durch
die Abtretung Elb-Lothringens sind die Franzosen selbst
in Besitz von Kalklagern gelangt. Die deutsche Zuckerrin-
de liegt außerordentlich darnieder, und es wird ziemlich
Zeit brauchen, bis wir wieder unsere Exportfähigkeit er-
langen. In Eisen sind wir durch die Abtretung Elb-Loth-
ringens (ganz abgesehen von Oberschlesien) aus einem Aus-
fuhr- zu einem Einfuhrland geworden.

Eine Exportsteigerung ist also nur in Fertigfabri-
katen möglich, und um diese fertigen Fabrikate herzu-
stellen, brauchen wir eine Steigerung der Einfuhr. Die
Steigerung unserer Fabrikatausfuhr löst aber auf den
stärksten Widerstand der ausländischen Industrie, sowohl
in den Vereinigten Staaten, als auch in dem bis-
herigen Freihandelsland England. Es sind hier mäch-
tige Tendenzen vorhanden, um durch Schutzollerhöhung oder
neue Schutzzölle unsere Konkurrenz und damit den Export
zu erschweren. Demselben Zweck soll ja auch, wenigstens in
der ursprünglichen Absicht, der 12prozentige Exportzoll auf
die gesamte deutsche Einfuhr dienen.

So stellt der kapitalistische Weltmarkt ein System von öko-
nomischen Beziehungen dar, die nicht so einfach und nicht so
plötzlich geändert werden können, wie das ökonomische Di-
kletonen sich vorstellen.

Trotzdem ist es möglich, Teile der Kaufkraft des
einen Landes auf das andere zu übertragen,
wie das durch die Erfüllung der Wiedergutmachungsfor-
derungen geschehen soll. Aber diese Uebersetzung muß nach
bestimmten Gesetzen und kann nur in einem be-
stimmten Grade erfolgen, wenn nicht das ganze System
in die Brüche gehen soll.

Hätten wir eine sozialistische Wirtschaft, wäre das
Problem einfacher. Die französische Regierung würde der
deutschen mitteilen, welche Waren sie für die Wiederher-
stellung der zerstörten Gebiete benötigte und die deutsche
Industrie würde diese und eventuell Arbeitskraft zur Ver-
fügung stellen. Die französische Industrie würde ihre Pro-

## Das Frauenwahlrecht

Bei der Landtagswahl ist in verschiedenen Städten getrennt abgestimmt worden, d. h. nach männlichen und weiblichen Wählern. Aus Hagen i. Westfalen liegt bereits ein derartiges Ergebnis vor. Von 37 000 Wahlberechtigten gaben 42 234 ihre Stimme ab, also rund 75 Prozent. Davon entfielen 21 803 Stimmen auf die männlichen, 20 291 Stimmen auf die weiblichen Wähler, 140 Stimmen waren zerplittert. Im einzelnen verteilten sich die männlichen und weiblichen Stimmen wie folgt auf die Parteien:

U. S. P. D. . . . .	3316 männlich	2559 weiblich
C. P. D. . . . .	2795 "	1827 "
A. P. D. . . . .	2968 "	2615 "
Demokraten . . . .	3276 "	2802 "
Deutschnational . . .	1600 "	1905 "
Deutsche Volkspartei .	3425 "	4013 "
Zentrum . . . . .	3914 "	5250 "

Aus diesem Zahlenverhältnis ergibt sich, daß für die sozialistischen Parteien, also für diejenigen, die das Frauenstimmrecht durch die Revolution eingeführt haben und verteidigen, die Frauen am wenigsten stimmen. Auch die Demokraten, die wenigstens heute das Frauenwahlrecht vertreten, finden bei den Frauen keine Anerkennung. Hingegen fühlen sich die Frauen zu jenen Parteien hingezogen, die sich vor der Revolution beharrlich geweigert haben, die Gleichberechtigung der Frauen anzuerkennen und die auch heute noch die Frauen als politisch minderwertig betrachten. Das Frauenstimmrecht kommt also einseitig nur seinen stärksten Gegnern, den reaktionären Parteien, zugute. Ein Beweis dafür, wie egerlich die Aufklärungsarbeit unter den Frauen betrieben werden muß, wenn sie auf die richtigen politischen Bahnen gelenkt werden sollen.

## Neues Wahlergebnis

Das Gesamtergebnis der preussischen Landtagswahlen steht immer noch nicht endgültig fest. Nach den neueren Meldungen hat die U. S. P. D. 1077 020 Stimmen erhalten. Auch bei den anderen Parteien hat sich das Stärkerhältnis etwas verschoben. In Mandate umgerechnet stehen der U. S. P. D. 27 Abgeordnete zu, zu denen noch ein bereits gewählter Abgeordneter aus Oberschlesien kommt. Nach den amtlichen Feststellungen werden der U. S. P. D. aus Oberschlesien beharrlich zwei Mandate zugesprochen. Das stimmt aber nicht; die U. S. P. D. hat nur einen ober-schlesischen Vertreter, da der zweite nach der Parteilosung zu den Kommunisten übergegangen ist. Das endgültige Ergebnis wird zusammen mit den gewählten Kandidaten am Sonntagabend vom Wahlspruch festgesetzt werden.

## Die Londoner Konferenz

London, 23. Februar.

Die Vormittagskonferenz hat kaum eine Stunde gedauert. Zuerst wurde die Abordnung von Konstantinopel eingeführt, sodann die von Angora. Der Großwesir hielt eine kurze Ansprache zugunsten seines Landes, die von Osman Nezami unterstützt wurde. Bezir Sami bei der Vertreter von Angora, erklärte, nur die Nationalisten seien die wirklichen Vertreter des türkischen Volkes, aber er sehe nichts Bedenkliches darin, daß die Konferenz auch die Auffassung der Regierung von Konstantinopel annehme. Er forderte die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches, das ein unteilbares Ganzes bilde; nur die Gebiete dürften ausgenommen sein, die in ihrer Mehrheit von Arabern bewohnt würden. Die Grenzen dieser Gebiete sollten in Gemäßheit der Wünsche der Nationalisten und des Selbstbestimmungsrechtes festgelegt werden. Er forderte schließlich noch Freiheit der Meereengen. Seine Darlegungen, die sich nur in ganz allgemeinen Linien bewegten, waren, wie der Havas-Berichterstatter meldet, in ihrer Form durchaus gemäßig. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß er keineswegs die Absicht habe, den Alliierten Friedensbedingungen aufzuzwingen, sondern, daß er sich voll und ganz auf die vernünftigen Entschlüsse der Konferenz verlasse. Seine Ausführungen riefen einen günstigen Eindruck hervor.

Nachdem Lloyd George, Briand und Graf Sforza sich untereinander verständigt hatten, erklärte Lloyd George, es komme darauf an, eine greifbare Lösung der Orientfrage herbeizuführen. Die türkischen Vertreter streiften noch die durch den Vertrag von Sèvres für Thrakien, Smyrna und die Meerengen vorgesehene Verwaltungsform; sie sprachen sich gegen die finanzielle Oberaufsicht der Alliierten aus. Beide Abordnungen erklärten von dem ihnen auf der Konferenz bereiteten Empfang befriedigt zu sein.

## Die Forderungen der Alliierten

29. Paris, 23. Februar.

Die Reparationskommission teilt mit, daß die verschiedenen Alliierten Regierungen Forderungen auf Schadensersatz in folgender Höhe eingereicht haben:

Frankreich: 218 000 000 000 Franken,
England: 2 000 000 000 Pfund Sterling und 7 597 000 000 Franken,
Italien: 33 095 000 000 Pfund Sterling und 37 925 000 000 Franken, sowie eine dritte Forderung in Höhe von 128 Millionen Pfund,
Belgien: 34 354 000 000 belgische Franken und 2 375 000 000 französische Franken,
Japan: 832 Millionen Yen,
Jugoslawien: 8 496 000 000 Dinare und 12 219 000 000 Franken,
Rumänien: 21 000 000 000 Franken,
Portugal: 1 940 000 Contos,
Griechenland: 4 982 000 000 Millionen Franken,
Brazilien: 600 000 000 Franken und 1 216 000 000 Pfund Sterling,
Tschechoslowakei: 7 812 000 000 Franken und 7 263 000 000 Kronen,
Siam: 9 000 000 Mark und 1 000 000 Franken,
Bolivien: 16 000 Pfund Sterling,
Peru: 56 000 Pfund Sterling und 100 000 Franken,
Haiti: 80 000 Dollar und 500 000 Franken,
Liberia: 4 000 000 Dollar,
Polen: 21 913 000 000 Franken und 500 000 000 Mark,
die europäische Donau-Kommission: 1 800 000 Franken und 15 000 Mark, sowie 4 900 000 Lei.

Strassenbahnverkehr in Ezur. Die Ezurter Strassenbahnen stellen Mittwoch normmäßig 10 Uhr die Arbeit ein, so daß der Betrieb der Ezurter Strassenbahn ruht. Der Grund des Streiks besteht darin, daß die Strassenbahner den in den Tarifverhandlungen gefällten Schiedspruch nicht anerkennen.

Operantis als obligatorisches Lehrfach. In den der Pariser Handwerkskammer unterstellten Fachschulen wurde zum ersten Male die Operantisprache als obligatorisches Lehrfach eingeführt.

eine eingehende Aussprache über die gegenwärtige Lage der Milchmangswirtschaft und die zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation notwendigen Maßnahmen. Die Aussprache hatte aber zunächst nur vorbereitenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Ernährungsminister die Frage der Neuregelung der Milchmangswirtschaft einer endgültigen Beratung unterzogen werden soll.

Die nächste Konferenz der Ernährungsminister findet Ende März in Bremen statt.

Selbst dieser dürftige Bericht bestätigt, daß die Ernährungsminister einen neuen Schritt zur Erfüllung der Wünsche der Agrarier getan hat. Nach wie vor ist unsere Ernährungspolitik nur geleitet von dem Bestreben, es dieser bereits überfüllten Schicht der Bevölkerung recht zu machen. An den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung wird aber restlos vorbeigegangen.

## Programm oder Taten?

Der Reichstag begann gestern seine Arbeiten mit der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Der Arbeitsminister Dr. Brauns leitete die Debatte mit einer sehr sorgfältig vorbereiteten Rede ein. Sie berührte jedes Gebiet dieses weitverzweigten Ministeriums, hatte für jede Frage ein paar schöne Worte, enthielt auch manche zutreffende Bemerkung, hinterließ aber doch den Eindruck, daß von dem schönen Programm nicht die entsprechenden Taten zu erwarten seien.

Besonders deutlich war das bei den Bemerkungen, die Brauns über das Ueberwachen-Abkommen im Kohlenbergbau machte. Er anerkannte ausdrücklich den sich darin äußernden Gemeinfinn der Bergarbeiter, die trotz der anstrengenden und beschwerlichen Arbeit im Kohlenbergbau Ueberstunden leisten, die außerordentlich fördernd für das Familienleben sind. Die Gründe, die zur Kündigung des Abkommens geführt haben, seien deshalb beachtenswert. Brauns untersuchte sie im einzelnen, vermied es aber sorgfältig, die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaus als Ursache zu erwähnen, anscheinend um der undankbaren Aufgabe entgehen zu sein, etwas über die Absichten der Regierung auf diesem Gebiet zu sagen.

Das ist sicherlich nicht das persönliche Verschulden des Ministers. Aber in einer bürgerlichen Regierung sind nicht die wohlmeinenden Absichten irgendeines Ministers, sondern die kapitalistischen Interessen der die Regierung bildenden bürgerlichen Parteien maßgebend. Wie wirksam sie sind und wie sehr sie die Politik des Arbeitsministeriums beeinflussen, konnte ja schon bei früheren Gelegenheiten festgestellt werden. Brauns lieferte aber selbst ein unfreiwilliges Beispiel dafür, als er von den Schwierigkeiten sprach, die der Einbringung des Gesetzentwurfs über die Arbeitsgerichte entgegenstehen.

Was Brauns über die Erwerbslosenfürsorge sagte, mußte ebenfalls bittere Enttäuschungen hervorrufen. Er begnügte sich mit der Feststellung, daß die Unterhaltungsätze an die besonderen Bedürfnisse des Winters angepaßt worden seien und daß jetzt geprüft werde, ob die Sätze über den 31. März hinaus gehalt werden sollen. Ueber die nicht nur von den Arbeitslosen, sondern auch von amtlichen Stellen für außerordentlich dringlich gehaltene Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge schwieg er sich vollkommen aus. Gewiß sind die von ihm ferner genannten Zahlen über die Leistungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge beachtlich. Aber sie bleiben doch hinter dem notwendigen Maß außerordentlich wesentlich zurück, und das gewaltige Anwachsen des Umfangs der Erwerbslosigkeit ist doch der beste Beweis für die vollständige Unzulänglichkeit der auf diesem Gebiet entfalteten Maßnahmen.

Was nützt der Arbeiterschaft ferner das platonische Bekenntnis, daß in der Lohnpolitik berechnigte Ansprüche der Arbeiter zu berücksichtigen seien, wenn der Arbeitsminister nicht gleichzeitig Sturm läßt gegen die von dem Ernährungsminister betriebene Politik, durch die der Reallohn des Arbeiters immer weiter herabgedrückt wird? Aber kein Wort fand Brauns gegen die fortgesetzten Preissteigerungen für inländische Nahrungsmittel, gegen die weiter beabsichtigten Erhöhungen der Preise für Getreide, Zucker und Milch, so daß sein Bekenntnis zur Anerkennung der berechtigten Ansprüche der Arbeiter lediglich als ein Programm ohne entsprechende Taten erscheint.

Das ist nichts Neues. Die Sozialpolitik ist in Deutschland immer das Stiefkind der Gesetzgebung gewesen, und sie wird es weiter sein in dem Maße, in dem der bürgerliche Einfluß vorhanden ist und bis zu dem Augenblick, wo nicht mehr die Interessen der Besiegten den Ausschlag geben, sondern die der Allgemeinheit.

Die Unabhängige Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den Arbeitern und Angestellten das Recht auf Urlaub unter Fortzahlung der Löhne und Gehälter gewährt wird.

## Man hat sie nicht gefragt

In den neuen Entwurfungsbedingungen der Alliierten wird unter anderm festgesetzt, daß im Reichswehrministerium weit mehr Beamte und Offiziere beschäftigt sind, als nach den Bedingungen des Friedensvertrages zulässig ist. Das Reichswehrministerium ist aufs tiefste beleidigt, daß die Interalliierten Kontrollkommissionen diese Zahl der Beamten und Offiziere durch eigene Nachforschungen festgestellt haben, anstatt höflich beim Reichswehrministerium anzufragen, wieviel Beamte und Offiziere es beschäftigt. Dann hätte man der Kontrollkommission so bequem ein X für U machen können. Auf diesen Veim sind die Ententoffiziere aber nicht getroffen und nun jammert das Reichswehrministerium: wir sind nicht gefragt worden. Eine seltsame Randnotiz. Wenn man Herrn Eberich fragte, wieviel Waffen die Orgesch hat, so würde man wahrscheinlich hinterher feststellen müssen, daß sie unbrauchbar ist. Und wenn das Reichswehrministerium mehr Offiziere beschäftigt, als zulässig ist, dann muß es eben die Ueberzahligen beilegen, ganz gleichgültig, wer die entsprechenden Feststellungen getroffen hat.

## Amtliche Bekanntgabe des Abstimmungstermins für Oberschlesien

Oppeln, 23. Februar.  
Von der Interalliierten Kommission wird amtlich mitgeteilt: Durch Vorchrift der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien vom 23. 2. 1921 findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, den 24. März 1921 statt.

## Rücktritt des polnischen Außenministers

Infolge der Entscheidung der Londoner Konferenz in der Frage der Abtretung in Oberschlesien, die bekanntlich die gleichzeitige Abtretung aller Oberschlesien verleiht hat, hat der polnische Außenminister Fürst Sapieha, der gegenwärtig in Paris weil, dem Marschall Pilsudski seine Demission als Minister des Aeußern gegeben.

duktionsfähigkeit für die übrige Bedarfsbefriedigung ausnützen können. Im kapitalistischen System bedeutet aber zum Beispiel die Lieferung von eisernen Trägern oder Maschinen Konkurrenz für die französischen Fabrikanten, vermehrte Produktion und vermehrte Arbeitslosigkeit der französischen Arbeiter. Daher auch der Druck der Ententeregierungen, einen möglichst großen Teil der Wiedergutmachung nicht in Warenlieferungen, sondern in barem Geld zu erhalten. Daher die Forderung, Deutschland soll den Export steigern, das heißt die Waren auf dem Weltmarkt verkaufen und den Erlös dafür an die Entente abliefern. Die Frage ist nur, wie macht man das?

Es ist möglich, durch die Steuern den Konsum der Bevölkerung zu verringern. Das Maß der Verringerung hat aber keine bestimmten sozialen Grenzen. Einmal muß die Lebenshaltung der Arbeiter eine solche sein — wir sprechen hier vom kapitalistischen Standpunkt —, daß ihre Leistungsfähigkeit nicht vermindert wird, denn wir brauchen ja eine Produktionsleistung; dann muß den Kapitalisten soviel von dem Ertrag gelassen werden, daß sie die Betriebe erhalten und erweitern können. Immerhin kann man sich vorstellen, daß die Lebenshaltung im Vergleich zum Frieden eingeschränkt und damit der Import an gewissen Luxusmitteln, zum Teil auch an Konsummitteln verringert wird. Aber dadurch wird der Export ja noch nicht gesteigert. Denn wenn Deutschland weniger vom Ausland kauft, wird es auch weniger an das Ausland verkaufen können. Aber dafür soll ja eben, wird wohl gesagt, Frankreich einspringen. Es erhält von Deutschland jährlich einige Milliarden, dafür kann es von den anderen Ländern kaufen, und die können ihrerseits deutsche Produkte abnehmen. Die Rechnung hat nur mehrere Löcher: Zunächst wird Frankreich die empfangenen Milliarden zur Beschäftigung in der eigenen Industrie verwenden, und ob diese Industrie Abnehmerin gerade deutscher Produkte werden wird, steht dahin. Jedenfalls nicht in vollem Maße, denn ein Teil der Milliarden wird ferner zur Ordnung des Staatshaushalts und zur Beseitigung des Defizits in der Handelsbilanz benutzt werden. Dieser Teil geht auf andere Volkswirtschaften über und braucht von diesen sicher nicht zum Ankauf deutscher Waren benutzt werden. Die anderen Länder, von denen Frankreich Waren bezieht, werden nur zu einem Teil wieder Konsumenten deutscher Produkte werden. Ob und in welchem Grade daher der deutsche Export gesteigert werden kann, bleibt durchaus ungewiß. Jedenfalls bliebe die Steigerung des deutschen Exports an die Bedingung geknüpft, daß Deutschland seine Konkurrenz unter allen Umständen auf dem Weltmarkt unterbietet. Das mag in einer Zeit höchster Prosperität möglich sein. In der Zeit der Depression, wo die Preise nahe den Selbstkosten liegen, aber nicht.

Vor allem aber, welches Mittel steht der deutschen Regierung innerhalb des kapitalistischen Systems zu Gebote, um solche Exporte zu erzwingen. Soll sie den einzelnen Fabrikanten vorschreiben, ihre Produktion zu erweitern und einen bestimmten Teil unter allen Umständen auf dem Weltmarkt zu veräußern? Soll sie die Verantwortung für diese Produktionserweiterung übernehmen, die Waren ausleihen, welche zu exportieren sind? Das sind innerhalb des kapitalistischen Systems unmögliche Dinge, weil kein Fabrikant die Produktion erweitern wird, wenn er nicht weiß, daß er die Waren auf dem Weltmarkt doch wenigstens einigermaßen rentabel verkaufen kann. Und wäre es möglich, so bedeutete es eine vernichtende Schließend Konkurrenz für alle anderen Industrien.

In Wirklichkeit läßt sich der Export nur steigern, wenn der Absatz bis zu einem gewissen Grade sicher ist. Das geschieht, wenn der deutschen Regierung bekannt ist, welche Sachlieferungen die Ententeregierungen brauchen. Die deutsche Regierung kann dann der deutschen Industrie diese Aufträge geben. Sie kann sie in Markt bezahlen, was wieder voraussetzt, daß die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Aber nur so, nur dadurch, daß für die Industrieerzeugnisse zugleich der Markt geschaffen wird, läßt sich die Wiedergutmachungsforderung erfüllen. Das geschieht nicht aus, daß ein Teil in barem Gelde geleistet wird. Aber diese Geldleistungen haben eine viel engere Grenze, nicht aus finanziellen oder steuerlichen Gründen, sondern aus zwingenden ökonomischen Ursachen. Innerhalb des kapitalistischen Systems stoßen diese Sachlieferungen auf privatwirtschaftliche Widerstände der konkurrierenden Industrien in den Ententeländern. Der Plan Soudouz suchte daher durch bestimmte Vereinbarungen zwischen den Industrien diese Widerstände zu besiegen. Der Plan wurde dann verlassen. Wer aber die Dinge ökonomisch betrachtet, wird an der Ueberzeugung festhalten müssen, daß es ohne bestimmte Vereinbarungen über Sachlieferungen nur zu Resultaten kommen kann, die das internationale Austauschsystem in Verwirrung bringen und nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte Weltwirtschaft verhängnisvolle Wirkungen haben kann.

Nicht der deutschen Regierung wird es sein, vor allem die Bereitwilligkeit zu diesen Sachlieferungen und damit zur unmittelbaren Arbeit für den Wiederaufbau besonders Frankreichs durch Lieferung von Arbeitskraft, womöglich auch durch Lieferung von Arbeitskraft, anzusprechen und dafür eingehende und konkrete Vorschläge zu machen. Sowohl die Produktion als die Produktivität der deutschen Wirtschaft läßt sich beträchtlich steigern, und diese Ueberflüsse können auf andere Volkswirtschaften übertragen werden. Daneben lassen sich Geldzahlungen leisten, und diese können die Grundlage für internationale Anleihen bilden, für die noch weitere Garantien denkbar sind. Voraussetzung dafür ist, daß wir für einen Teil der notwendigen Rohstoffe langfristige Kredite bekommen. Sie erst würden ermöglichen, daß wir einen Teil der Goldguthaben, die wir aus dem Warexport erlangen, für die Wiedergutmachung zur Verfügung stellen können. Diese langfristigen Kredite zu erhalten, ist dann nicht aussichtslos, wenn eine Vereinbarung zustande kommt und dadurch wieder eine gewisse Gewähr für die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegeben ist. Eine gewaltige Lösung dagegen bedeutet nicht nur für Mittel- und Osteuropa ein unabsehbares Chaos, sondern auch eine Katastrophe für die gesamte Weltwirtschaft.

## Die künftige Ernährungswirtschaft

Die Konferenz der Ernährungsminister hat ihre Verhandlungen am Mittwoch mittig zu Ende geführt. Die Besprechung über die künftige Getreidebewirtschaftung hatte, wie W.B. medet, das Ergebnis, daß eine Umlage bis zu einem Durchschnitt von etwa vier Doppelhectaren pro Hektar der Gesamtanbaufläche von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auferlegt werden soll. Bezüglich der Fleischversorgung wurde beschlossen, die durch Verteilung von verbilligtem Mais nunmehr ermöglichte Schweinemästung auf vertraglicher Grundlage unverzüglich durchzuführen. Die Kartoffelversorgung soll im kommenden Wirtschaftsjahr völlig freigegeben werden, Anschließend erfolgte

# Eine Mordtat der Zeitfreiwilligen

## Zehn schwerbewaffnete Offiziere gegen einen Geisteskranken

Der Regierungsbaumeister Paul Schüh war während des Kapp-Putsch Führer einer Zeitfreiwilligenkompanie in Großlichterfelde, die ihr Quartier in der dortigen Kadettenanstalt aufgeschlagen hatte. Eines Nachts wurde der geistes- kranke Lokomotivführer Weigelt als angeblicher Schwerverbrecher eingeliefert. Weigelt wurde von den Zeitfreiwilligen in bestialischer Weise mißhandelt und schließlich von dem Angeklagten Schüh durch mehrere Revolverkugeln erschossen.

Schüh hatte sich deshalb im Juli 1920 vor dem Kameraden- gericht zu verantworten. Obwohl durch mehrere Zeugen glatt er- wiesen wurde, daß Weigelt von den Zeitfreiwilligen ermordet worden ist, beantragte der Anklagevertreter eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Das Gericht sprach das Urteil nicht aus, son- dern beschloß, erst nach einige Sachverständige zu hören. Wie verlangten damals sofort, daß das ganze Verfahren dem Militär- gericht entzogen wird und vor ein ordentliches Gericht kommt. Wie verlangten weiter, daß die Anklage auf alle an dem Ver- brechen beteiligten Personen ausgedehnt wird, besonders auf die- jenigen, die den Ermordeten in unmenschlicher Weise gemiß- handelt hatten. Durch die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist die Angelegenheit jetzt an die Staatsanwaltschaft des Land- gerichtes II gelangt. Der Angeklagte, Regierungsbaumeister Paul Schüh, hatte sich nunmehr vor dem Schörringer Gericht des Landgerichts II wegen Totschlags zu verantworten. Die Ver- handlung begann gestern unter dem Vorsitz des Landgerichts- direktors Stelzner. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt- schaftsrat Dr. Ortman, die Verteidigung wird von dem Rechtsanwalt Johning geführt.

### Der Verhandlungsbericht

Nach der Geschworenenauslosung wird in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten. St. Schüh gibt eine Darstellung, die sich im allgemeinen mit der vor dem Kriegsgericht gegebenen deckt. Er sagte: Das Schützregiment 608 in Berlin hatte nach dem Kapp-Putsch den Auftrag, Ruhe und Ordnung herzustellen. Meine Kompanie hatte eine Gefechtsstärke von etwa 125 Mann und bestand in der Hauptache aus ehemaligen Offizieren. Am 24. März 1920 wurde Weigelt von den Torposten verhaftet, weil er sich gewaltsam Eintritt in die Kaserne verschaffen wollte. Bei dem Transport von der Wachtube zu meinem Geschütz- zimmer hatte sich der Verhaftete zur Wehr gesetzt. Ein Gummiknüppel wurde ihm während des Handgemenges fortge- nommen. Nur mit größter Mühe konnte der Verhaftete von 4 Mann nach dem Geschützzimmer gebracht werden. Ich befahl dem Verhafteten, sich im Geschützzimmer auf einen Stuhl zu setzen und erklärte ihm unter Hinweis auf eine entlassene Militärpistole, daß ich bei den geringsten verdächtigen Be- wegungen von der Waffe Gebrauch machen würde. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ich es mit einem außerordentlich gefährlichen Menschen zu tun hatte. Nachdem der Gefangene ins Lebenszimmer gebracht worden war, hörte ich einen Tumult, ich sprang hinzu und sah, daß der Gefangene einen Offizier an der Gurgel hielt und meinen auf dem Tisch liegenden Revolver an sich nehmen wollte. Ich kam dem Verhafteten zuvor und machte ihn durch zwei Schüsse kampfunfähig.

Vorsitzender: Weigelt hatte doch keine Waffe und außer- dem waren doch eine ganze Anzahl Offiziere im Zimmer. — Angeklagter: Ich handelte nur als Soldat, da ich das Leben eines tüchtigen Offiziers gefährdet sah. Die Grundlage für mein Handeln bildete der

### Ursache von Noote.

Vorsitzender: Der sogenannte Kossische Schießerschütz von 1919 war doch bereits aufgehoben! — Angeklagter: Es soll- te sich alles innerhalb weniger Stunden. Ich mußte so handeln und sehe noch heute auf dem Standpunkt, daß ich richtig gehandelt habe. — Vorsitzender: Sind die anderen Offiziere denn nicht zugegriffen? — Angeklagter: Ich bin allein verantwortlich! Was andere machen, ist mir gleichgültig! Die Situation genötigte mich um zu handeln.

Die Zeugen Anger und Haltermann schildern die Fest- nahme des ermordeten Weigelt. Der damalige Reichswehrsoldat Dettessen, der Weigelt auf das Zimmer des Angeklagten transportieren half, sagt aus, daß Weigelt am Kopfe ge-

blutet habe und unter ständigem Hin- und Herbewegen seines Kopfes geseht habe:

„Meine Herren Offiziere, lassen Sie mich doch laufen, ich bin ja krank!“

Zeuge Brühert ist Wärter der Kadettenanstalt Groß- Lichterfelde. Er bekundet, daß der ermordete Weigelt auf dem Trans- port von der Wachtube zum Angeklagten Schüh vor Schmerzen ge- wimmert hätte. Er war in einem schrecklichen Zustand und blutete am Kopfe sehr stark. Mehrere Versuche, ihn selbst gehen zu lassen, scheiterten, da Weigelt immer wieder zusammen- brach. Schließlich wurde er von den Soldaten die Treppe hinauf- geschleift, was der Zeuge als eine bestialische Rohheit empfand. Am anderen Tage waren auf der Treppe noch starke Blutspuren sichtbar. Nach Ansicht dieses Zeugen ist es ganz unmöglich, daß Weigelt irgendwelchen Widerstand geleistet haben kann.

Als nächste Zeugen werden vernommen: Kurt Seele, Haupt- mann Besch, Major Rieland, Major Landermann, Leutnant Haasleben, Leutnant Jansson und Rittmeister Rema. Diese Zeugen, damals sämtlich Offiziere der Zeitfrei- willigen, waren bei der Auslösung der Tat zugegen. Hauptmann Besch bekundet, daß er als wachhabender Offizier die erste Ver- nehmung des Arrestanten geführt habe. Er hätte dem Arrestanten einen Gummiknüppel abgenommen und ihm damit über den Mund geschlagen, um ihn kampfunfähig zu machen, da er Widerstand leistete und versuchte, die begleitenden Mann- schaften zu Boden zu werfen. Die Zeugen Rieland, Landermann, Haasleben, Jansson und Rema waren im Geschützzimmer, als Schüh den Weigelt erschoss. Jansson hat auf Weigelt ebenfalls einen Schuß abgegeben, der ihn in den Rücken traf. Dessen- ungeachtet soll Weigelt dann eine Kampfwunde eingenommen haben und mit Leutnant Rieland, der ihn festhalten wollte, ins Ringen gekommen sein. Um seinem bedrängten Kameraden zu Hilfe zu kommen, habe dann Schüh den Weigelt mit zwei Kopf- schüssen niedergeschossen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman stellte gegenüber dieser Darstellung fest, daß in dem Zimmer etwa

### zehn kräftige gesunde Offiziere anwesend

wären, und daß es doch ein leichtes gewesen wäre, ohne von der Säugwaffe Gebrauch zu machen, den Arrestanten in Gewahrsam zu bringen.

Kriminaloberwachmeister Otto Borgh hat in amtlicher Eigenschaft den Tatbestand aufgenommen. Er gibt eine Dar- stellung über die Lage der Leiche und der Blutspuren, die sich an der Wand befunden haben. Der Zeuge zieht daraus den Schluß, daß der Erschossene die Schüsse nicht in stehender Haltung erhalten haben kann, da die Schüsse von oben durch die Schabdecke einge- drungen und am Halswund herausgedrungen sind. Auch behauptet der Zeuge, daß der Angeklagte Schüh bei seiner ersten Verneh- mung ausgesagt habe, daß er drei Schüsse und Jansson einen Schuß auf Weigelt abgegeben hat. Diese Behauptung, die auch der nächste Zeuge, Kriminalwachmeister Braune, bekräftigt, wird von dem Angeklagten entschieden bestritten.

Der Zeuge Friedrich ist Vorsitzender bei einem Krieger- verein, dessen Mitglied der ermordete Weigelt war. Weigelt sei

### ein streng patriotischer Mann

gewesen, der zeitweise an der fixen Idee litt, daß Deutschland den Krieg verloren hätte, weil er selbst nicht an der Front gewesen wäre. Zeugin Frau Weigelt war 15 Jahre mit Weigelt ver- heiratet. Er sei immer ein braver und guter Mann gewesen. 1909 erlitt er einen Betriebsunfall, als dessen Folge sich zeitweise Zeichen von geistiger Amnachtung einstellten, so daß er von seinem Dienst dispensiert wurde. Am Tage seiner Ermordung hätte er sechzehn solcher Anfälle gehabt, wodurch er körperlich kolossal geschwächt war. In ihrer Abwesenheit sei er dann mit einem Fahrrad nach Großlichterfelde gefahren. Zu seiner kleinen Tochter sagte er, daß er jetzt in den Schützengraben liege.

Die Zeugen Rudwar und Baumgart wohnen als An- gestellte in der Kadettenanstalt. Auch diese Zeugen haben be- obachtet, daß Weigelt schon in der Wachtube so schwer mißhandelt worden war, daß er im schwerverletzten Zustande nach dem Ge- schützführer des Angeklagten geschleppt werden mußte. Auch nach Meinung dieser Zeugen kann gar keine Rede davon sein, daß Weigelt irgendwelchen Widerstand geleistet hat.

Die Verhandlung wird hierauf von dem Vorsitzenden unter- brochen. Heute früh 9 Uhr findet in der Kadettenanstalt ein Lokaltermin statt, zu dem sich sämtliche Projektteilnehmer einfinden müssen. Im Anschluß daran wird die Verhandlung im Kriminalgericht, Kleiner Schwurgerichtssaal, Turmstraße, fortgesetzt.

## Der Ausnahmeprozess in Kassel

Kassel, 23. Februar.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde festgestellt, daß der Zeuge Audekstraße, der ordnungsmäßig geladen war, nicht erschienen ist. Das Gericht beschloß, den Zeugen zum Freitag vorzuführen zu lassen und gleichzeitig in eine Ordnungsstrafe von 100 M. zu nehmen. Rechtsanwält Dr. Wolff: Das Verhalten des Audekstraße bekräftigt uns, daß er ein Spitzel ist. Staats- anwalt Dr. Meyer: Oder aber es befindet sich ein in Mit- läter ist; denn sämtliche Personen, die ich sonst noch verfolge, sind Missetäter.

Hierauf wurde Kriminaloberwachmeister Wittka aus Essen als Zeuge vernommen, der seiner Zeit das Material bei Schöber beschlagnahmt hatte. Danach wurde in der Vernehmung der An- geklagten fortgefahren und der Angeklagte Klinkmüller ver- nommen, der als Hauptangeklagter angeklagt wird. Er gibt folgende Schilderung über seine Tätigkeit und über die bestehenden Organisationen. Nach dem Kapp-Putsch hatte sich in Düsseldorf ein kameradschaftlicher Verband, ein sogenannter Wanderklub, gebildet, der einen sportlichen Verein darstellte. Später habe sich diese Organisation mit einem extremen Ver- band zusammengeschlossen, der besonderen Wert auf eine Abwehr- organisation gegenüber den Bewegungen von rechts legte. Als Klinkmüller hörte, daß diese Organisation eventuell mit den Ge- richtlichen in Konflikt kommen könne, hat er im verflochtenen Sommer den Wanderklub aufgelöst. Das vorhandene Material will er einem Genossen übergeben haben, der es zu einer Broschüre ver- arbeiten wollte. Anfang Januar hat er dieses Material zu- sammen mit Neuen in einer Kiste wieder erhalten und in seiner Wohnung untergebracht, wo es dann beschlagnahmt wurde. Später haben sich dann in der Arbeiterkassen Bestrebungen geltend ge- macht gegenüber dem immer größer werdenden Organisationen von rechts eine Abwehrorganisation zu schaffen, die ein neues Aufsehen des Kapp-Putsches unmöglich machen würde. Die Parteienleitung der U.S.P.D. habe sich damals mit aller Ent- schiedenheit gegen solche Bestrebungen ausgesprochen, die Arbeiter- schaft habe aber nicht nachgelassen und habe schließlich ein Gerippe von Führern einer solchen Abwehrorganisation aufgestellt. Er, Klinkmüller, habe das immer für Spielerei gehalten, habe auf dringende Vorstellungen seiner Genossen hin sich daran insofern beteiligt, daß er den Sachrichtendienst übernommen habe und zwar, um Ausschlüsse dieser Bewegung zu verhindern. Der Vorhänger verliert aus dem bei Klinkmüller beschlagnahmten Material eine Menge Einzelheiten militärischen Natur. Der Angeklagte antwortet wiederholt auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß das mit den Nachrichten dienst doch nichts zu tun habe, daß es sich bei diesen Aufzeichnungen um einen sogenannten Kapp-Liste, der sich M. D. L. nannte und in Düsseldorf lagte. Diese M. D. L. bestimmte wieder andere Genossen als Regiments- organisierten oder als Regimentsführer, die wieder in ihren Be- zirken die Genossen in einem eventuellen Kampf organisatorisch und karitativ erlassen sollten. Das ging dann so weiter in Ba- talione und Kompanien.

Hierauf gelangen politische Leitfäden zur Verlesung, in

der: Was hat denn die Partei damit zu tun? — Angekl.: Der Kurierdienst sollte auch im Interesse der Partei gelassen werden. — Vorl.: Hat denn die Parteizentrale den Kurierdienst organisiert? — Angekl.: Nach einigem Zögern: Nein, er ist von der M. D. L. organisiert worden. — Staatsanwalt Dr. Meyer: Woher bekamen Sie denn Ihr Gehalt? — Angekl.: Von der M. D. L. Düsseldorf. — Staatsanw.: Nicht von der Partei? — Angekl.: Nein. — In einem weiteren Schriftstück heißt es, daß Klinkmüller von der M. D. L. in Berlin 800 M. er- halten habe. Rechtsanw. Dr. Wolf bemerkt hierzu, daß der An- geklagte sein Geld von Düsseldorf aus den Reihen der Arbeiter- schaft bekommen habe, und zwar aus Sammlungen für Mitons- ausschüsse usw. — Ein Beisitzer: Für welchen Zweck wurde denn gesammelt? — Angekl.: Für den revolutionären Kampf, aus dem die Opfer aus den Kapp-Tagen Unter- stützung erhielten. — Vorl.: Wohl auch für die Aktion selbst, nicht wahr? — Angekl.: Dazu brauchten wir das Geld nicht, denn dann hätten wir ja die Schätze der Banken zur Verfügung. — Bei der Verlesung einer Liste von Waffenlagern der Reaktions- partei der Vorhänger mit, daß wegen dieser Angelegenheit von den zuständigen Behörden Ermittlungen eingeleitet seien, die aber re- sultlos geblieben seien. — M. D. L. Dr. Wolf: Ich muß hierzu bemerken, daß auch unsere Listen aus den Akten Klinkmüllers den betreffenden Personen persönlich mitgeteilt worden sind, z. B. eine Liste von Personen, die verhaftet werden sollten. So sind alle Stellen vorher orientiert worden. Ein Teil des Materials Klinkmüllers ist auch bereits vorher veröffentlicht worden, z. B. im Februar in einer Essener Zeitung. Man hat absichtlich alle gewarnt. — Der Vorhänger verliest dann eine Liste, die den Waffenbestand der einzelnen Regimenter enthält. Auf Ver- fragen des Vorsitzenden, ob er hierüber ausagen könne, erklärt Klinkmüller, er kenne diese Liste gar nicht und halte das ganze für phantastische Aufstellungen.

Dann folgt eine Beschreibung der Formation der Roten Armee, in der es heißt: M. D. L. 1. Die Kompanie bildet eine Hunderts- chaft. Sie besteht aus vier Zügen, der Zug zu drei Gruppen. Außerdem hat jede Kompanie einen Kompaniefeldwebel, einen Scharführer und zwei Ordonnanzen. Jeder Kompanie werden zu- geteilt: Pioniere, Telephonisten, Telegraphisten, Radfahrer und andere Spezialtruppen. Jede Kompanie erhält ein Fahrrad und ein Lastauto. Das Bataillon besteht aus vier Kompanien. Es erhält Radfahrer, ein Personenauto, zwei Munitionswagen, zwei Lebensmittelwagen und zwei Feldküchen. Die M. D. L. besteht aus sechs Personen. Ferner gehört zu ihr ein Geschäftsführer, Scharführer, Ordonnanzen, Motorradfahrer; sie erhält zu ihrer Ver- fügung sechs Personenauto. Die M. D. L. hat die vollständige Gewalt. Die Bezirksfeldwebel, die in jeden Polizeibezirk einzu- setzen sind, unterstehen der M. D. L. Sie haben die Stammtafeln zu führen und haften für den Sachschaden. — Dann folgt die be- kannte Einteilung nach Dezernaten.

Nach Verlesung einiger weiterer unwesentlicher Urkunden wurde dann die Verhandlung auf Donnerstag früh vertagt.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hielt Mittwochs nachmittag eine Sitzung ab, um zu den Pariser Be- schlüssen und der Londoner Konferenz Stellung zu nehmen und die Verhandlungen der Vollerversammlung über diese Fragen vor- zubereiten. Zu Beginn der Sitzung erstattete der Vorsitzende, Direktor Kraemer, eingehend über die Verhandlungen der Sachverständigen Bericht, der als vertraulich bezeichnet wurde. Nach einer längeren Erörterung wurde eine Entschließung an- genommen, die der Vollerversammlung heute vorgelegt werden wird.

Der Strahnenbühnenstreik im Rheinland. In Essen fanden gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Leiters des Ruhrbe- dungsverbandes auf Antrag der Arbeitnehmer erneut Verhand- lungen zwischen Vertretern der Arbeitnehmer und der streikenden Strahnenbahner zur Beilegung des Streites statt. Nach vier- stündigen Verhandlungen gelangte man schließlich zu bestimmten Vorschlägen, über deren Annahme oder Ablehnung eine Urab- stimmung unter den Strahnenbahnern endgültig entscheiden soll.

Im die Währung im Saargebiet. Eine von den großen Orga- nisationen der Eisenbahner, nämlich dem Deutschen Eisen- bahnerverband, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband, einberufene, außerordentlich kurzlich verlaufene Versammlung, sahte Dienstagabend ein- stimmig die Einführung der Frankenwährung zu fordern. In dieser Frage ist die Eisenbahnerchaft des Saar- gebietes in zwei entgegengesetzte Lager gespalten.

Verhaftungen deutscher reaktionärer Politiker im besetzten Ge- biet. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ nahm die französische Behörde in Wiesbaden, in verschiedenen Orten des Rheingebietes Führer der Deutschnationalen fest, weil sie dort Flugblätter mit Abbildungen des Sitzbürger Münters und Darstellungen der Opfermilitäre in der Befreiungskriege ver- breitet hatten. Ebenfalls wurden zwei Führer der Deutschen Volkspartei vorübergehend festgenommen, weil sie für die Ausführungen in Stresemanns hiesigem Vortrag über den Versailler Frieden verantwortlich gemacht wurden. Strese- mann ist rechtzeitig ins unbesetzte Gebiet abgereist.

## Wieder ein neuer Mord in Berlin

Die Kapitalverbrechen häufen sich in der letzten Zeit wieder in geradezu erschreckender Weise. Gestern wurde der Nordberei- chungsdiens der Kriminalpolizei wieder nach der Petersburger Straße 25 gerufen, wo der 26 Jahre alte aus Lohz gebürtige Schriftsteller Theodor Körner von einem noch unbekannten Mörder in seinem möblierten Zimmer erschossen worden ist.

Im ersten Stock des Hauses Petersburger Straße 25, am Peters- burger Platz, wohnt die 62 Jahre alte Witwe Berta Grünner, die zwei ihrer aus drei Zimmern bestehenden Wohnung möbliert an junge Leute vermietet hat. In dem Vorderzimmer wohnte seit un- gefähr einem Jahre der aus Lohz kommende Theodor Körner. Dieser war für den Drei-Masken-Verlag als Uebersetzer politischer Dramen tätig, machte aber auch Handelsgeschäfte. Er erhielt auch öfter Besuch in seiner Wohnung. So auch gestern nachmittag wieder. Gegen vier Uhr führte die allein anwesende Witwe plötz- lich Hilfe aus dem Zimmer Körners. Als sie daraufhin dieses Zimmer betrat, sah sie, wie sein Besucher auf ihrem am Boden liegenden Unterbett mit einem Messer eintrat. Als der Mann die Witwe gewahrte, warf er das Messer, ein kleines Messer, das er im Felde in der Scheide am Koppel getragen wurde, beiseite und rannte, während die Frau sich um den Schwere- wunden bemühte, davon. Seinen Hut ließ er am Türrand zurück. Die Frau schlug sehr Lärm, doch hatte der Mörder unterdessen schon das Haus verlassen und war verschwunden. Ein Arzt, der herbei- geholt wurde, konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Er hatte mehrere Messerstücke in die Brust erhalten, von denen wahr- scheinlich auch einige davon das Herz durchbohrt haben. Die Kriminalpolizei sucht vor allem festzustellen, mit wem Körner in geschäftlicher oder privater Beziehung in Verbindung gestanden hat. Wer darüber irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich im Zimmer 21a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

## Unsere Buchhandlung

Breite Straße 8-9

ist täglich ununterbrochen

von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet.

Das ist die Parteizentrale.



Groß-Berlin

Bilder aus Berlin

Sein Vertrauensarzt der Erwerbslosenfürsorge

Unsere ganzen heutigen „Wohlfahrts“-Einrichtungen sind, vor allem in der Behandlung ihrer Opfer, nicht auf das Prinzip der rechtmäßigen Unterstützung eingestellt, sondern auf den Almosenempfang. So auch die Erwerbslosenfürsorge; man betrachtet — bewußt oder unbewußt — die erwerbslosen Unterstützungsempfänger als Schmarotzer des Staates, statt als Opfer der wirklichen Schmarotzer der Gesellschaft, nämlich der Kapitalisten und Unternehmer.

Diese bürgerliche Betrachtungsweise findet ihren sprechendsten Ausdruck in der Behandlung derjenigen Erwerbslosen, die einer Untersuchung durch den „Vertrauens“-Arzt überwiesen werden.

Ich wurde von der Arbeitslosenfürsorge zum Vertrauensarzt gewählt. Die Arztin hält ihre Sprechstunden in der Badeanstalt des Arbeitsnachweises, Gormannstraße 13, ab. In den Wänden stehen Sitzgelegenheiten und vorm Fenster befindet sich ein Tisch und ein Stuhl. Das ist der Thron der Arztin. Nicht weit davon steht ein Ruhebett. Der ganze Raum ist voller weiblicher Personen.

Es wird nach Nummern aufgerufen und ein jeder muß sich, im Beisein der gerade anwesenden Menge, es waren etwa 60 Frauen, entkleiden und untersuchen lassen. Ich hatte Nr. 22 und mußte mir also 21mal die Geschichte mit ansehen.

Es ist nicht einmal eine Gelegenheit zum Kleideraufbewahren vorhanden. Es kann doch unmöglich verlangt werden, daß man sich auszieht und die Bekleidungsstücke ohne Aufsicht und inmitten fremder Leute liegen läßt, oder dieselben solange auf den Fußboden legt.

Ich sah direkt an der Tür und hatte Gelegenheit, zu sehen, wie im Laufe der Untersuchungen wiederholt Männer, die sich wohl verhalten hatten, den Raum betreten, und natürlich interessiert stehen blieben. Nicht einmal einen Wandschirm hält man in einem solchen Untersuchungsraum für nötig. Es sind ja auch nur Erwerbslose!

Als ich an die Reihe kam, sagte mir die Frau Doktor, da ich nur den Oberkörper entkleide hätte, ich müsse mich ganz ausziehen. Ich weigerte mich, da es ja ebenfalls unter den Augen der vielen Personen geschehen sollte. Ich machte daher ohne Unterbrechung, nach Hause gehen. Ich bekam auch keinen Brief mit, wie die anderen Frauen. Es ist anzunehmen, daß ich deswegen noch Schwierigkeiten mit der Arbeitslosenfürsorge haben werde. Es kann mit aber niemand verdenken, daß es nicht jedermanns Sache ist, sich einer solchen Behandlung zu unterziehen.

Wer wollen diesen Tatsachen keinen langen Kommentar anhängen. Jeder sozial empfindende Mensch wird der Meinung sein, daß die erwerbslosen und kranken Frauen des Proletariats schließlich auch Menschen sind und Anspruch auf eine menschliche Behandlung haben. In dieser herbenmöglichen, aus Militär erinnernden Untersuchungsmethode vermögen wir aber keine soziale Tätigkeit zu sehen. Auf diese Weise wird endlich auch die ärztliche Wissenschaft den Charakter der Unparteilichkeit verlieren, wenn sie sich — wie es im Privatleben schon lange geschieht — nun auch in öffentlicher Fürsorge in der Sorgfalt nach der sozialen Stellung, nach der Klassenlage der Kranken richtet.

Kreistagswahl-Resultate

Im Kreise Teltow haben bei der Kreistagswahl die linksstehenden Parteien gesiegt. Es erhielten: U. S. P. D. 10 148, S. P. D. 14 329, R. A. P. D. 3427 Stimmen. Auf die Liste der freien unpolitischen Vereinigung (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) entfielen 20 641 Stimmen, die Demokraten erhielten 2187 und die Wirtschaftspartei 1546 Stimmen. Danach entfielen auf die S. P. D. 9, auf die U. S. P. D. 6, die R. A. P. D. 2, auf den Bürgerblock 11 und auf die Demokraten 2 Mandate.

Dagegen haben im Kreise Beeskow die Kreistagswahlen mit einer bürgerlichen Mehrheit geendet. Die S. P. D. erhielt 7, die U. S. P. D. 3 und die R. A. P. D. 1 Mandat. Auf die freie unpolitische Vereinigung (Deutschnationale und Deutsche Volks-

partei) entfielen 10 Sitze, auf die Demokraten 2 und auf die Wirtschaftspartei 1 Mandat.

Die Wahlen zum Provinziallandtag ergaben im Kreise Beeskow für die S. P. D. 6507, die U. S. P. D. 2707, die R. A. P. D. 1101 Stimmen. Die Liste der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei wies 8845, die der Demokraten 2011 Stimmen auf. Die Wirtschaftspartei brachte es auf 1310 Stimmen. Auch hier ist bezüglich der Mandate mit einer kleinen bürgerlichen Mehrheit zu rechnen.

Die Wahlen zu den Bezirksämtern

Die Wahlen zum Bezirksamt Tiergarten brachten insofern eine Ueberraschung, als dort zu besetzten Mitgliedern nur bürgerliche gewählt wurden. In diesem Bezirk steht einer bürgerlichen Mehrheit von 35 Stimmen eine Minderheit von 30 Stimmen gegenüber, die aus den drei sozialistischen Gruppen besteht. Es wäre möglich gewesen, eine andere Zusammensetzung herbeizuführen, wenn die Kommunisten nicht gewesen wären. Die Demokraten waren ausschlaggebend und bereit, mit den Sozialisten gemeinsam das Bezirksamt zu besetzen, aber die Kommunisten verweigerten. So wurden die Demokraten in die Arme der Deutschnationalen getrieben, und es kam in letzter Stunde ein bürgerlicher Block zustande. So kam es, daß die Bürgerlichen mit ihren 35 Stimmen alle besetzten Stellen in Anspruch nahmen. Zum Bürgermeister wurde Stadtrat Dörllein gewählt. Stellvertreter wurde Magistratsrat Dr. Baier. Beidese Stadträte Ernst Kuhlmann, Studententrat D. Kerber, Kurat Kossik, Obermeister Heitriegel, Magistratsrat Dr. Maguhn. Zum unbesetzten Stadtrat wurde Genosse Fritz Zimmermann bestimmt.

Es stehen nur noch die Wahlen für den 13. Bezirk, Tempelhofer Park und für Spandau aus.

Rom Magistrat ist die Wahl der Bezirksämter dem Oberpräsidenten zur Bestätigung mitgeteilt worden.

Die Aufsichtsbehörde hat daraufhin die erforderlichen Schritte getan. Jeder Antrag soll beschleunigt behandelt werden. Für den Magistrat Berlin wird es sich, um die Angelegenheiten auch seinerorts zu beschleunigen, auf jeden Fall empfehlen, den Antrag für jedes Bezirksamt gesondert einzureichen.

Rückblick auf die Kriegsbeschädigten

Ein Kriegsbeschädigter schreibt uns: Seit ungefähr sechs Monaten ist in den Anlagen der Stadt, Ring- und Vorortbahn ein halber Wagen 3. Klasse für Kriegsbeschädigte reserviert und durch entsprechende Schilder kenntlich gemacht. Wie ich als Schwerföhrungsbeschädigter jeden Tag, besonders morgens und spätmittags, beobachten kann, sind diese drei Abteile meistens von gesunden Leuten besetzt. So daß die Kriegsofoper gequemen sind, sich in den anderen Wagen einen Stehplatz zu erkämpfen, was bei deren körperlichen Gebrechen nicht immer möglich und oft sogar ausgeschlossen ist.

Es wird die Bitte ausgesprochen, doch mehr Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten zu nehmen. Diesem Wunsch wird gewiß jeder gern gerecht werden. Wenn es nicht in dem ermunterten Maße geschieht, so dürfte die Hauptschuld an der Eisenbahnverwaltung liegen, die den Verkehr nicht so gestaltet, daß die Gesunden in den übrigen Wagen Unterkommen finden und dann die Plätze der Kriegsbeschädigten besetzen. Trotzdem sollte jeder Benutzer der Eisenbahn bemüht sein, Rücksicht walten zu lassen.

Eine unsoziale Verfügung

Laut Verfügung der Landesversicherungsanstalt Brandenburg wird jedem Patienten der Lungenheilstätte am Grabowsee mitgeteilt, daß er bei der Aufnahme zwei ordentliche Anzüge, doppelte Fußbekleidung, doppelte Unterwäsche, doppelte Leibwäsche und anderes mitzubringen hat. In den früheren Jahren war es üblich, daß die Patienten Anzugskleider bekamen. Infolge des Stoffmangels wurden Anzüge nicht mehr angefertigt und nicht mehr geliefert. Die Patienten bekamen daher Kleidergeld. Seit Oktober 1920 wird auch dies nicht mehr gewährt, so daß die Patienten in eigener Kleidung täglich sechs Stunden Ehegatt verdringen müssen. Die Verhandlungen mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg gegen Gewährung von Kleidergeld scheiterten. Die Patientenvereinigungen haben daher am 14. und 22. d. M. zwei Resolutionen beschlossen, in denen gegen diese unsoziale Verfügung mit Recht der schärfste Protest erhoben wird. Die Lungenkranken erklären, daß sie nicht ihre letzten Kleidungsstücke bei den Ehegatt anfragen können, obwohl sie natürlich nicht verstehen, daß die Ehegatt zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nötig sind. Nachdem der Landesversicherungsamt sich derartig unsozial gezeigt hat, wollen die Kranken die Ehegatt einstellen. Die Verfügung der Landesversicherungsanstalt ist zweifellos unsozial, eine Änderung ist aber nur möglich, wenn die Behörde mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommt. Diese Forderung

muß erfüllt werden. Das ist möglich, denn solange Deutschland noch Geld zum Bau kleiner Kreuzer hat, muß es wohl auch noch die Mittel zur Bekämpfung der Lungenkrankheiten aufbringen. Ob sich aber diese Verhältnisse durch die angebotene Handlung der Patienten erreichen läßt, erscheint zweifelhaft; schließlich richtet sich doch eine Einstellung der Ehegatt gegen die Kranken selbst und könnte die schwersten gesundheitlichen Schädigungen zur Folge haben. Es muß von der Landesversicherungsanstalt erwartet werden, daß sie es nicht erst zu dem aus der Kollage geborenen Verzögern der Lungenkranken kommen läßt.

Aushebung einer Kokainhöhle

Eine Kofferhöhle köstlicher Art wurde von der Kriminalpolizei am Waterlooer entdekt und ausgehoben. Bei einem verdächtigen Handel wurde ein Mann angehalten, der Goldschmied aller Art, Uhren, Ketten, Ringe, auch kleine Zigarrettenetuis und dergleichen unter der Hand zum Kauf anbot. Der Mann behauptete, daß er alles von dem Kellner Bedmann vom Waterlooer 12 zum Vertrieb erhalten habe. Das veranlaßte Kriminalkommissar Treitin, mit seinen Beamten dieses Haus am Waterlooer sorgfältig zu beobachten. Hierbei ergab sich, daß dort sowohl am Tage als auch ganz besonders zur Nachtzeit ein äußerst reger Verkehr herrschte. Das Ziel aller Besucher war ein Keller, der unter einem Seitenflügel des Gebäudes liegt. Die Angaben des verdächtigen Handlers und die Beobachtungen bestimmten die Beamten, die Küche und den anschließenden Raum einmal zu durchsuchen. Sie trafen zwölf Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die zum Teil ziemlich heruntergekommen und vermahlt aussahen. Das gleiche Bild der Verwahrlosung boten die Räume, die mit einem Sofa, einem Tisch, einige Stühlen, einem Bett und mehreren Schränken dürftig ausgestattet waren. Überall herrschte es vor Schmutz und Ungeheuer. In einer Ecke neben dem Bett lag ein Haufen von Kalisen, die zum Teil geöffnet, zum Teil noch verschlossen waren, in einem solchen Schmutz, daß die Beamten sich zunächst nur mit ihren Stöcken heranzutrauen. Die Sichtung der Koffer hatte dann ein überraschendes Ergebnis. Sie enthielten alles Mögliche, Kleidungsstücke, Schmuckstücke aller Art, auch Lebensmittel, die zum Teil schon verkauft waren. Die zwölf Personen, mit ihnen der Kellner Bedmann, wurden mit einem Lastauto nach dem Polizeipräsidium gebracht und hier einzeln verhört. Unterdessen wurden auch die beiden Räume gründlich durchsucht, und jetzt fand man in den Schränken eine große Menge kleiner Schächtelchen, die Kokain enthielten. Während der Durchsuchung erschienen noch mehrere Besucher, die von der Anwesenheit der Kriminalpolizei sehr überrascht waren und ebenfalls festgehalten wurden. Darunter befand sich auch ein Rechtsanwalt, der sich, als er die Tür aufmachte, mit dem Stichwort „Kudak“ einführte. Verhöre und Ortsbesuche stellten fest, daß man es in der Hauptsache mit einer Kofferhöhle zu tun hatte. Bedmann, der früher als Kellner beschäftigt war, war Mieter von beiden Kellerräumen, vertrieb von dort aus Kokain und duldete zugleich in seinen Räumen wüste Ausschweifungen in Koffergeld und in dessen Gefolge auch andere Laster. Das Kokain, das er sich auf noch nicht geklärten Wege in großer Menge zu verschaffen wußte, ließ er in dem Keller von jungen Burken in Schächtelchen verpacken und dann in Lokalen an die Gäste vertrieben.

Die weitere Untersuchung führte immer noch Dingeutage, die man in Berlin doch auch heute noch für unmöglich gehalten hätte. Hiernach ist auch das Kokainfieber an sich in Berlin sehr weit verbreitet. Am schlimmsten hat es die jungen Burken erfaßt, geistig und körperlich, die mit der Verpackung und dem Vertrieb des Kokains zu tun hatten. Alles, was die Kriminalpolizei nach vorwand, wurde mit einem Lastauto nach dem Polizeipräsidium gebracht. Bedmann, der in seinen schmutzigen Räumen außer Speisen auch Getränke aller Art verabreichte, machte das Hauptgeschäft mit Kokain. Er verkaufte die Dose, die nur ein Gramm enthielt, für 20 bis 25 M., während es ihm kaum die Hälfte kostete. Es ist auch gelungen, die Personen zum größten Teil festzustellen, die während der Abnehmer bei Bedmann waren. Die Wirkung des Kokainmissbrauchs war zunächst ein Zustand, der die Personen stark belebte und erregte, auch Sinnestäuschungen und Traumbilder waren die Folge. War aber die Wirkung des Kokainmissbrauchs vorbei, so machte sich eine große Erschlaffung bemerkbar. Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch hat die Wirkung des Kokainmissbrauchs bei den in dem Keller betroffenen Personen beobachtet, um seine Feststellungen wissenschaftlich zu vermerken.

Zimmer für Abgeordnete gesucht. Parteigenossen, die über ein Zimmer verfügen für Abgeordnete für die Dauer der Sitzungsperiode des Landtages oder der Reichstags werden um Abgabe ihrer Adressen an den Bezirksverband Berlin-Brandenburg gebeten.

Elternbeiräte des 3. Verwaltungsbezirks (Wedding-Gesundbrunn). Am Sonntag vormittag 1/10 Uhr in der Aula des Schüler-Lyzeums, Park, Ecke Böttcherstraße, findet unsere zweite Elternversammlung statt. Elternbeiräte müssen dafür Sorge tragen, daß sämtliche 76 Schulen vollständig vertreten sind. In Zukunft

Finsternis

Novelle von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. C. D. Heitler

Langsam, sehr langsam strich er mit der Hand über seine harte, borstige Schädelskappe, und ging, ohne auch nur die Tür zu schließen, an seinen vorigen Platz auf dem Bette, worauf er sich setzte. Breitnackig, bleich und äußerlich einem Ausländer ähnlich — einem Engländer.

„Was ist mit dir? Hast du etwas vergessen?“ fragte erstaunt das junge Weib. So unerwartet kam ihr das, was vorging.

„Nein.“

„Was hast du also? Warum gehst du nicht?“

Und ruhig, einem Steine gleichend, auf welchem das Boden mit seiner schweren Hand ein neues, schreckliches, lechtes Gebot himmelsheile, sprach er:

„Ich will kein Guter sein.“

Es wartete noch, traute sich nicht, zu glauben, im plötzlichen Schrecken über das, was sie doch solange gesucht und erstrebt hatte. Sie ließ sich auf die Knie nieder. Und mit einem neuen Lächeln und schon in einer neuen, gewaltigen Art sich über sie erhebend, legte er seine Hand auf ihren Scheitel und wiederholte:

„Ich will kein Guter sein!“

Und freudig begann sie sich zu rühren. Sie entkleidete ihn wie ein Kind, schnürte ihm die Schuhe aneinander, wobei sie die Knoten verwirrte, streichelte sein Haar, seine Knie, und sie lachte dabei seinen Augenblick — so voll war ihr Herz. Plötzlich sah sie sein Antlitz und erschrak:

„Wie bleich du bist! Trinkt, trinke schnell. Ist dir schlecht, Peteschka?“

„Ich heiße Alexei!“

„Das ist gleich, willst du, ich schenke dir ein Glas ein. Aber gib acht, verbrenne dich nicht. Für den Ungewohnten ist es schwer, gleich aus dem Glas.“

Und mit offenem Munde betrachtete sie ihn, wie er langsam, in schlüchternen Zügen trank. Er verschluckte sich.

„Tut nichts... tut nichts. Du wirst einmal wieder trinken, das sieht man gleich. Du bist ein waderer Bursche!“

„Wie froh bin ich doch.“

Mit schrillen Ausruf sprang sie auf ihn und begann ihn mit kurzen, starken Küssen zu würgen, so daß er sie kaum zu erwidern vermochte. Komisch; eine Fremde und läßt doch so! Er preßte sie fest zwischen seinen Armen, beraubte sie plötzlich jeder Bewegungsfreiheit und hielt sie so eine Weile schweigend, ohne sich selbst auszuruhen, als koste er die Kraft der Ruhe, des Weibes Kraft — und seine eigene Stärke aus. Und unterwürdig und freudig verstummte das Weib in seinen Armen.

„Nun... es ist schon genug“, sprach er und seufzte unmerklich auf.

Und wieder gebärdete sich das Weib wie rasend, glühend vor wilder Freude wie in Flammen. Und so ganz erfüllte sie mit ihren Bewegungen das Zimmerchen, als wenn nicht sie allein, sondern einige solcher halbwahnsinniger Weiber sprächen, sich bewegten, hin und her gingen und lüfteten. Sie ließ ihn Kognak trinken und trank selbst.

Plötzlich starrte sie und warf die Arme in die Luft.

„Und der Revolver? Den Revolver hätten wir ganz vergessen! Schnell, gib ihn schnell her, man muß ihn ins Bureau tragen.“

„Warum?“

„Ich, warte doch darauf. Ich fürchte mich vor solch einem Ding. Wenn er nun plötzlich losgeht?“

Er lächelte und wiederholte:

„Wenn er nun plötzlich losgeht? Ja! Aber wenn er nun plötzlich losgeht?“

Er holte ihn hervor und übergab ihn langsam, als prüfte er die Schwere der ruhigen, gehorsamen Waise — dem Mädchen. Auch die Patronen nahm er aus der Tasche.

„Da, trag's hin.“

Und als er allein blieb, ohne die Waise, der so viele Jahre mit sich trug, bei halboffenen Türen, durch die aus der Ferne unbekannte Stimmen zu ihm drangen und das feine Spottengesicht — empfand er mit einem Male die ganze ungeheure Würde, die er auf seine Schultern geladen. Er machte schweigend einen Gang durch das Zimmer, dann wandte er sich schweigend nach der Richtung, in welcher sich „Jene“ aufhalten mußten.

„Nun?“

Damit erstarb er gleichsam mit auf der Brust verkränkten Armen, die Augen dorthin gerichtet, wo sich „Jene“ befinden mußten. Und dieses kleine Mädchen enthielt so perfekt: ein lechtes Abschließen, eine dumpfe Herausforderung und einen unwiderstehlichen, erbitterten Entschluß.

gegen alle, sogar gegen die Seinigen zu kämpfen — und ein wenig, ein klein wenig leise Klage.

Er stand noch immer so da, als Huba wieder angefaulen kam. Schon an der Tür rief sie aufgeregt:

„Liebling, wirst du auch nicht böse sein? Sei nicht böse: ich habe meine Freundinnen hergerufen. So... einige. Ja? Macht es nichts? Ich wollte gar zu gern dich ihnen zeigen, begreift du? Dich, meinen Liebling, meinen Trauten! Macht es dir nichts? Sie sind lieb, heute hat sie niemand mitgenommen und sie sitzen dort allein. Und die Offiziere haben sich nach den Zimmern begeben. Einer davon sah deinen Revolver und lobte ihn; er sei sehr schön, sagte er. — Nun, macht es dir nichts? Wie? Nein?“

Sie erwiderte ihn fast mit ihren kurzen, hastigen, heißen Küssen.

Aber schon traten sie herein; sichernd und sich zierend, setzten sie sich nebeneinander. Sie waren ihrer fünf oder sechs der häßlichsten und ältesten; alle waren sie geschminkt, mit untermalten Augenwimpern, ihr Haar hing schlief in die Stirn gekämmt. Die einen stellten sich, als schämten sie sich und schüchtern, die anderen warteten ruhig und einfach auf den Kognak und sahen ihn erst an. Sie reichten ihre Hände und schüttelten beim Eintreten. Offenbar waren sie eben im Begriffe, schlafen zu gehen, denn sie trugen leichte Schlafrode; eine sehr dicke, träge und gleichgültige Dirne kam im bloßen Rod, mit nackten, unwahrscheinlich dicken Armen und mit fetten, gleichsam geschwollenen Brüsten. Diese Dicke und noch eine mit einem alten, bösen Vogelgesicht, auf welchem das Bleiweiß liehte wie schmutziger Staub, waren vollkommen betrunken, die anderen fast angeheitert. Au das Halb-nackte, Unterhohlene, Röhrende umgab ihn von allen Seiten, und plötzlich roch es unterträglich nach menschlichen Körpern, nach Parier und nach jenen seuchigen Seifenparfüms. Ein schweißtriefender Lakai mit Kognak und Porter kam dahergerannt, im engen, galonierten Frack, und alle Mädchen begerierten ihn im Chor:

„Maruschka! Lieber Maruschka! Maruschka!“

Offenbar war es üblich, ihn mit solchen Zurufen zu empfangen, denn selbst die dicke, betrunkene Dirne sagte träge:

„Maruschka!“

Das alles war so ungewohnt. Man trank, ließ an, sprach zu gleicher Zeit und jeder über sein eigenes Thema. Die Waise mit dem Vogelgesicht erzählte aufregend und schreiend von einem Kunden, der sie „auf Zeit“ genommen hatte und mit dem sie irgendeinen Auftrag hatte. (Fortf. folgt.)

\*) Peteschka, eine schmeichelnde Diminutivform von Peter.

Werden alle Maßnahmen sowie Arbeitspläne für obigen Verwaltungsbeirat von dem gesamten Vorstand des A. Verwaltungsbereichs ausgehen. In der Verammlung wird Genosse Carl Leib über die Jugendfrage sprechen.

**Gefängnis für Aufführungen von Radtänzen.** Die Gerichte gehen in letzter Zeit gegen Gastwirte wegen Tuldens von Radtänzen mit empfindlichen Strafen vor. So erkannte das Schöffengericht Berlin-Mitte kürzlich gegen einen Gastwirt wegen Tuldens von Radtänzen und Ueberschreitung der Polizeistunde auf acht Monate Gefängnis bei sofortiger Verbannung. In einem anderen Falle wurde der Veranstalter von Radtänzen zu drei Monaten Gefängnis und die beiden Tänzerinnen zu einem bzw. anderthalb Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ein Raubüberfall** wurde in der vergangenen Nacht in Neukölln wieder verübt. Als die Arbeiterin Krüskamp aus der Sanderstraße 10 gegen 2 Uhr heimkehrte und die Haustür aufschloß, fiel plötzlich ein junger Mann über sie her, warf sie zu Boden und verlor sie zu berauben. Die Ueberfallene rief um Hilfe und wurde von einem Manne, der nach des Weges kam, geholt. Dieser verfolgte den Räuber, der jetzt die Flucht ergriff. Es gelang ihm auch, ihn einzuholen und festzunehmen. Die Kriminalpolizei stellte ihn jetzt als einen 23 Jahre alten Hünener Jakob Nagler aus der Sebastianstraße 88. Der Verhaftete ist geschuldig.

**Eine unbekanntes Tot.** Gestern nachmittag wurde aus dem Mühlengraben nahe der Schule 5 die Leiche einer etwa 25 Jahre alten weiblichen Person gefunden und dem Schauhaus zugeführt. Die Unbekannte hat dunkelblondes Haar und war bekleidet mit graubraunem Mantel, Lackstiefeln, braunem Rock, schwarzen Strümpfen, hohen schwarzen Schnürschuhen und hatte eine Arm-banduhr bei sich.

## Gewerkschaftliches

### Aufruf!

Weltauslandshundert Arbeiter der Farbenwerke vorm. Bayer u. Co. in Beverlun stehen seit 4 Wochen im Streik. In diesem Kampf handelt es sich um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Um den Kampf zu einem siegreichen Ende führen zu können, ist es notwendig, daß in allen chemischen Betrieben sofortige Sammlungen veranstaltet werden. Hier heißt es Opfer bringen, treueste Solidarität zu üben! Der Kampf der Arbeiter in Beverlun ist auch unser Kampf!

Die gesammelten Beträge sind sofort in den Kollegen Willi Schulz (Vorsteher des Betriebsrates der „Agfa“), Berlin SO., Wiener Straße 11, zu senden. Die Vertrauenspersonen, Betriebsräte usw. der chemischen Branche des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, J. A.: A. Willhalm.

### Kommunistischer Schwindel

Dem „Textilarbeiter“ entnehmen wir folgende Erklärung, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die „geistigen“ Waffen der Kommunisten wirft:

In der Nr. 33 der „Roten Fahne“ ist zu lesen, daß ich in einer in Berlin abgehaltenen Betriebsratskonferenz für den 9./Stundentag plädiert hätte. Zu meinem größten Bedauern muß ich der „Roten Fahne“ die Mitteilung machen, daß mich von der Leitung einer Berliner Betriebsratskonferenz, in welcher ich über die Arbeitszeit gesprochen haben soll, nichts bekannt geworden ist. Ich war somit nicht in der Lage, an derselben teilzunehmen, mithin konnte ich in derselben nicht gesprochen haben. Im übrigen ist innerhalb meiner Organisation meine Stellung zur Arbeitszeit hinlänglich bekannt, somit besteht für mich nicht die geringste Verpflichtung, meinerseits der „Roten Fahne“ gegenüber meine Stellung zur Arbeitszeit zu offenbaren. Mich als besonderen Befürworter der Arbeitsgemeinschaft hinzustellen, ist eine mehr als derbittere Erfindung der „Roten Fahne“. Welcher Spatzvogel mag ihr nur diesen Bären aufgebunden haben! Ich bin in der glücklichen Lage, unzählige Zeugen, auch Kommunisten, aufzuführen, die in dieser Frage der „Roten Fahne“ genau das Gegenteil dessen, was sie behauptet hat, beweisen werden. Die schmutzige Bemerkung, daß ich bei der letzten Lohnaufbesserung dem Arbeitgeber verpfändet haben soll, er solle nur höheren Lohn zahlen, so werde ich für eine längere Arbeitszeit eintreten, berührt mich weiter nicht. Ich will nur bemerken, daß ich bei dem letzten im Dezember v. J. abgeschlossenen Tarifvertrag nicht zugegen war, mithin bei der Gelegenheit auch den mir vorgeworfenen Ausspruch nicht machen konnte. Ich bin der Ueberzeugung, daß die „Rote Fahne“ etwas läuten gehört, sich aber in der Windrichtung gedreht hat und aus diesem Grunde zu ganz falschen Schlüssen gekommen ist. Vielleicht fragt die „Rote Fahne“ einmal bei ihren Bekannungsorganen an, was in der von ihr erwähnten Berliner Betriebsratskonferenz gesprochen worden ist. Ich wäre ihr sehr dankbar dafür und bin zu Gegenleistungen gern bereit.

Franz Kogler.

### Generalversammlung der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, hielt am Dienstag in den Sophienkaten die zweite Fortsetzung seiner Jahresgeneralversammlung ab.

Zu Beginn der Versammlung wurde die Debatte über das neue Ortsstatut fortgesetzt. Nach längerer Beratung über einige Erörterungsanträge zu dem Entwurf der Ortsverwaltung ergab die Gesamtstimmung über das Statut dessen einstimmige Annahme. Das Statut tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Der erste Vorsitzende, Hugo Cohn, der Ortsgruppe Groß-Berlin, gab hierauf den Geschäftsbericht von 1920. Er betonte, daß die Geschäftsleitung sich bemüht habe, die Verwaltungskosten herabzusetzen. Die Initiationsstärke der Ortsgruppe war eine sehr rege. Insgesamt sind etwa 8000 Hauptbetriebe und 5000 Nebenbetriebe von den Fachgruppen bearbeitet worden. Etwa 3400 Funktionäre haben sich an diesen Arbeiten beteiligt. Für diese wird aus organisatorischen Gründen ein kleines Blatt herausgegeben. Bei Jahresabschluss umfaßt die Ortsgruppe Berlin insgesamt 75593 Mitglieder. Lohn- und Streikbewegungen wurden in größerer Zahl geführt. Daran waren etwa 20000 Mitglieder beteiligt. Zum Schluss seiner Ausführungen vermachte Cohn auf den Kapp-Putsch, zu welchem sich die Angestellten mit den Arbeitern in voller Einmütigkeit zum Abwehrkampf zusammenschließen hatten. Er hoffe, daß diese Einmütigkeit und Geschlossenheit auch weiterhin in der Organisation erhalten bleibt.

Der Kassierer Wegland gab hierauf den Kassenbericht für das Berichtsjahr 1920. Die Einnahmen sind 6476385 Mark, die Ausgaben 6190742 Mark. Der Kassierer betonte, daß zu erwarten sei, daß den Mitgliedern weitere Beitragserhöhungen erspart bleiben. Nach kurzer Debatte wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlassung erteilt.

Auf Vorschlag des Geschäftsführers Schmidt wurde dann die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen, die aber wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr beendet werden konnte. Soweit sie erfolgte, wurden die Vorschläge der Ortsverwaltung von der Generalversammlung angenommen. Einstimmig wiedergewählt wurde der bisherige erste Vorsitzende Hugo Cohn. Gleichfalls einstimmig wurden die vier Geschäftsführer Karl Bauer, Karl Bühlh, Erich Klatau, Fritz Schmidt und der Kassierer Max Wegland, sämtlich beibehalten, gewählt. Auch der zweite (unbefristete) Vorsitzende, Ludwig Zimmer, den die Verwaltung vorgeschlagen hatte, wurde gegen wenige Stimmen gewählt. Als Schriftführer wurden Hans Kiesel und Clemens Köppl wieder in die Verwaltung gewählt.

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Dienstag, den 8. März, in den Sophienkaten statt. Diese wird dann den

Rest der Tagesordnung — Erledigung der Wahlen zur Ortsverwaltung — aufarbeiten und sich mit dem kommenden Verbandstag beschäftigen.

### Zum Streit in der Herrenkonfektion

Bereits in der dritten Woche wird der Streit unerschüttert und in bester Kampfstimmung geführt. Die Zahl der Streikenden hat sich seit der ersten Streikwoche noch erhöht. Der Arbeitgeber-Verband ist weiter unablässig bemüht, die streikenden Firmen für seine Zwecke zu gewinnen, die Streikenden zu ihrer Organisation in Gegenlag zu bringen und bei keiner öffentlichen Stellung ohne das Kompromißziel zu verschleiern. Um die Kundtschaft zu verdrängen und Ausschub der Lieferungen ohne Verlust der Aufträge zu erlangen, spricht man nun von dem Reichstarif gestellten Forderungen und deren Auswirkung. Demgegenüber schmeigt man sich vollständig darüber aus, daß man es bisher abgelehnt hat, irgendwelche Lohn-erhöhungen zu gewähren, schmeigt sich auch darüber aus, ob man hierzu jetzt gewillt ist.

Durch die Scharfmachertaktik im Arbeitgeber-Verband ist von vielen mit Absicht der Kampf herbeigeführt und wird auch von ihnen jetzt noch in demselben Geiste gegen die Arbeiterkraft geführt. Dieses beweist drastisch folgender Vorgang: Das Reichsarbeits-Ministerium nahm in voriger Woche von sich aus Verhandlungen, zur Beilegung des Streiks in Tätigkeit zu treten und war gewillt, hierfür beim Reichsarbeits-Ministerium ein Schiedsgericht einzusetzen. Auf Anfrage erklärten sich die Arbeitnehmers-Organisationen bereit, vor einem solchen zu verhandeln. Anders der Arbeitgeber-Verband, dem dessen Sanftmut. Dieser gab zu solcher Verhandlung keine Zustimmung, sondern verlangte, daß die Hauptstockwerke aller beteiligten Arbeitnehmers-Verbände zuerst beim Reichsarbeits-Ministerium einen direkten Antrag auf Unterbrechung von Verhandlungen stellen sollten, und wenn dieses geschehen, würde der Arbeitgeber-Verband hierzu Stellung nehmen. Es wird also von dem Syndikat verlangt, daß wir nach seinen Anweisungen uns seinem Diktat unterwerfen. Das ist und müßte aus Selbstachtung abgelehnt werden. Der Stand des Kampfes ist durchaus nicht dazu angetan, solchen Zumutungen stattzugeben zu können. Die Arbeiterkraft erweist hieraus, mit welcher Hartnäckigkeit der Arbeitgeber-Verband unsere Forderungen und jede Verständigungsmöglichkeit fast abweist. Dabei acht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß ein offenes oder stillschweigendes Einverständnis mit den übrigen Arbeitnehmers-Verbänden der Textil- und Bekleidungsindustrie, und gegenseitige Unterstützung derselben im Kampfe gegen die Arbeiterkraft, besteht. Dieses wird um so mehr die Arbeiterkraft veranlassen, den Kampf mit derselben Geschlossenheit wie bisher weiter zu führen, bis der Arbeitgeber-Verband zu Verhandlungen und annehmbaren Zugeständnissen bereit ist.

Die Unternehmer scheinen es auf eine Nachprobe ankommen zu lassen. Ob sie dabei nicht ihre Rechnung auf falscher Basis aufgestellt, werden wir hoffentlich bald Gelegenheit haben, zu sehen.

### Betriebsräte der Untergruppe Eisenbahn!

Am Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9 Uhr, Vollversammlung aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Betriebsräte in dem Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, 1 Tr. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der neuen Verfassung der Eisenbahn-Direktion (Referent: Kollege Halesfüller); 2. Wahl der Delegierten zum Zentralratapparat und Generalversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Kollegen. Mitgliedsbuch und Betriebsratsausweis legitimiert.

Die örtliche Betriebsratverwaltung des D. E. B. J. A.: Potofa.

### Zimmerer-Vorstandswahl

Am 27. Februar findet die Neuwahl des Vorstandes in den Bezirkskassen statt. Bislang waren unsere Genossen im Vorstand vorherrschend. Wenn dies Verhältnis weiterbestehen bleiben soll, so ist dafür zu sorgen, daß unsere Genossen sich vollständig und aktiv an der Wahl beteiligen. Diesmal kandidierten alle drei politischen Richtungen. Sorgt, Kameraden, daß unsere Liste siegreich hervorgeht.

**Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.** Heute, Donnerstag, findet eine Verammlung der Kolonisten im Bureau des Buchbinderverbandes, Engelauer 13, 2 Tr., statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur ablehnenden Haltung der Unternehmer vor dem Schlichtungsausschuß betreffend Lohn-erhöhung. Pünktliches Erscheinen aller Beteiligten erwartet die Leitung der Druckpapierbranche.

**U. S. D. Vertrauensleute der Eisenkonstruktion, des Fahr- und Signalwesens.** Am Freitag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Kopenplatz, wichtige Zusammenkunft. Erscheinen aller ist Pflicht. Vorletzt und Gewerkschaftsbuch legitimiert.

**Gegen die kommunistischen Zellen.** Die Landeskonferenz der badischen Ortsausschüsse des U. S. D. B. tagte in Offenbach am 18. und 19. Februar. Die Konferenz wandte sich klar gegen die Zellenbildung innerhalb der Gewerkschaften und mit Zustimmung wurde ein Antrag angenommen, den Ausschluß gegen dieartigen anzunehmen, die die Gewerkschaften gefährden wollen.

### Aus den Organisationen

#### Donnerstag, 24. Februar

14. u. 15. März. Hilfskommission. Abends 8 Uhr Sitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

16. März. Hilfskommission. Abends 8 Uhr gemeinsame Sitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

#### Freitag, 25. Februar

4. März. Abends 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

12. März. Abends 7 Uhr Funktionärsversammlung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

13. März. Abends 7 Uhr, weitere Vorstandssitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

14. März. Abends 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

15. März. Abends 7 Uhr, weitere Vorstandssitzung bei Kaiser, Göttesstr. 24.

#### Sonntag, 28. Februar

12. März. 6 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

13. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

14. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

15. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

16. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

17. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

18. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

19. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

20. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

21. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

22. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

23. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

24. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

25. März. Abends 8 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Hoffmann, Reichstraße 10.

Zurück-Berlin Die Arbeiterjugend, 1. Aufl., 1920, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 2. Aufl., 1921, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 3. Aufl., 1922, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 4. Aufl., 1923, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 5. Aufl., 1924, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 6. Aufl., 1925, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 7. Aufl., 1926, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 8. Aufl., 1927, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 9. Aufl., 1928, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 10. Aufl., 1929, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 11. Aufl., 1930, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 12. Aufl., 1931, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 13. Aufl., 1932, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 14. Aufl., 1933, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 15. Aufl., 1934, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 16. Aufl., 1935, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 17. Aufl., 1936, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 18. Aufl., 1937, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 19. Aufl., 1938, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 20. Aufl., 1939, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 21. Aufl., 1940, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 22. Aufl., 1941, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 23. Aufl., 1942, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 24. Aufl., 1943, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 25. Aufl., 1944, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 26. Aufl., 1945, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 27. Aufl., 1946, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 28. Aufl., 1947, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 29. Aufl., 1948, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 30. Aufl., 1949, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 31. Aufl., 1950, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 32. Aufl., 1951, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 33. Aufl., 1952, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 34. Aufl., 1953, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 35. Aufl., 1954, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 36. Aufl., 1955, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 37. Aufl., 1956, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 38. Aufl., 1957, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 39. Aufl., 1958, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 40. Aufl., 1959, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 41. Aufl., 1960, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 42. Aufl., 1961, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 43. Aufl., 1962, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 44. Aufl., 1963, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 45. Aufl., 1964, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 46. Aufl., 1965, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 47. Aufl., 1966, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 48. Aufl., 1967, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 49. Aufl., 1968, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 50. Aufl., 1969, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 51. Aufl., 1970, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 52. Aufl., 1971, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 53. Aufl., 1972, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 54. Aufl., 1973, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 55. Aufl., 1974, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 56. Aufl., 1975, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 57. Aufl., 1976, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 58. Aufl., 1977, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 59. Aufl., 1978, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 60. Aufl., 1979, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 61. Aufl., 1980, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 62. Aufl., 1981, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 63. Aufl., 1982, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 64. Aufl., 1983, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 65. Aufl., 1984, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 66. Aufl., 1985, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 67. Aufl., 1986, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 68. Aufl., 1987, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 69. Aufl., 1988, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 70. Aufl., 1989, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 71. Aufl., 1990, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 72. Aufl., 1991, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 73. Aufl., 1992, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 74. Aufl., 1993, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 75. Aufl., 1994, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 76. Aufl., 1995, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 77. Aufl., 1996, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 78. Aufl., 1997, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 79. Aufl., 1998, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 80. Aufl., 1999, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 81. Aufl., 2000, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 82. Aufl., 2001, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 83. Aufl., 2002, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 84. Aufl., 2003, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 85. Aufl., 2004, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 86. Aufl., 2005, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 87. Aufl., 2006, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 88. Aufl., 2007, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 89. Aufl., 2008, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 90. Aufl., 2009, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 91. Aufl., 2010, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 92. Aufl., 2011, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 93. Aufl., 2012, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 94. Aufl., 2013, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 95. Aufl., 2014, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 96. Aufl., 2015, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 97. Aufl., 2016, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 98. Aufl., 2017, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 99. Aufl., 2018, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 100. Aufl., 2019, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 101. Aufl., 2020, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 102. Aufl., 2021, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 103. Aufl., 2022, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 104. Aufl., 2023, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 105. Aufl., 2024, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 106. Aufl., 2025, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 107. Aufl., 2026, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 108. Aufl., 2027, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 109. Aufl., 2028, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 110. Aufl., 2029, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 111. Aufl., 2030, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 112. Aufl., 2031, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 113. Aufl., 2032, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 114. Aufl., 2033, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 115. Aufl., 2034, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 116. Aufl., 2035, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 117. Aufl., 2036, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 118. Aufl., 2037, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 119. Aufl., 2038, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 120. Aufl., 2039, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 121. Aufl., 2040, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 122. Aufl., 2041, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 123. Aufl., 2042, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 124. Aufl., 2043, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 125. Aufl., 2044, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 126. Aufl., 2045, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 127. Aufl., 2046, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 128. Aufl., 2047, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 129. Aufl., 2048, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 130. Aufl., 2049, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 131. Aufl., 2050, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 132. Aufl., 2051, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 133. Aufl., 2052, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 134. Aufl., 2053, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 135. Aufl., 2054, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 136. Aufl., 2055, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 137. Aufl., 2056, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 138. Aufl., 2057, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 139. Aufl., 2058, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 140. Aufl., 2059, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 141. Aufl., 2060, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 142. Aufl., 2061, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 143. Aufl., 2062, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 144. Aufl., 2063, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 145. Aufl., 2064, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 146. Aufl., 2065, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 147. Aufl., 2066, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 148. Aufl., 2067, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 149. Aufl., 2068, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 150. Aufl., 2069, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 151. Aufl., 2070, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 152. Aufl., 2071, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 153. Aufl., 2072, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 154. Aufl., 2073, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 155. Aufl., 2074, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 156. Aufl., 2075, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 157. Aufl., 2076, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 158. Aufl., 2077, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 159. Aufl., 2078, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 160. Aufl., 2079, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 161. Aufl., 2080, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 162. Aufl., 2081, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 163. Aufl., 2082, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 164. Aufl., 2083, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 165. Aufl., 2084, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 166. Aufl., 2085, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 167. Aufl., 2086, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 168. Aufl., 2087, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 169. Aufl., 2088, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 170. Aufl., 2089, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 171. Aufl., 2090, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 172. Aufl., 2091, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 173. Aufl., 2092, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 174. Aufl., 2093, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 175. Aufl., 2094, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 176. Aufl., 2095, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 177. Aufl., 2096, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 178. Aufl., 2097, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 179. Aufl., 2098, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 180. Aufl., 2099, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 181. Aufl., 2100, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 182. Aufl., 2101, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 183. Aufl., 2102, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 184. Aufl., 2103, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 185. Aufl., 2104, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 186. Aufl., 2105, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 187. Aufl., 2106, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 188. Aufl., 2107, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 189. Aufl., 2108, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 190. Aufl., 2109, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 191. Aufl., 2110, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 192. Aufl., 2111, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 193. Aufl., 2112, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 194. Aufl., 2113, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 195. Aufl., 2114, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 196. Aufl., 2115, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 197. Aufl., 2116, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 198. Aufl., 2117, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 199. Aufl., 2118, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 200. Aufl., 2119, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 201. Aufl., 2120, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 202. Aufl., 2121, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 203. Aufl., 2122, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 204. Aufl., 2123, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 205. Aufl., 2124, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 206. Aufl., 2125, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 207. Aufl., 2126, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 208. Aufl., 2127, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 209. Aufl., 2128, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 210. Aufl., 2129, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 211. Aufl., 2130, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 212. Aufl., 2131, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 213. Aufl., 2132, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 214. Aufl., 2133, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 215. Aufl., 2134, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 216. Aufl., 2135, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 217. Aufl., 2136, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 218. Aufl., 2137, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 219. Aufl., 2138, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 220. Aufl., 2139, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 221. Aufl., 2140, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 222. Aufl., 2141, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 223. Aufl., 2142, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 224. Aufl., 2143, 120 S., 1.20 M. Die Arbeiterjugend, 225. Aufl., 2144, 12

# Reichstag und Arbeitsministerium

67. Sitzung, 23. Februar 1921.

Der Abg. Raschke (D. R.) hat sein Mandat niedergelegt. Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Reich (Rom.) wegen Unterschlagung, Diebstahls und Urkundenfälschung, des Abg. Erzberger (Zentr.) wegen Einkommensteuerhinterziehung und des Abg. Dr. Heim (Bayer. Sp.) wegen Beleidigung, werden dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag, die Erhebung der Verkehrssteuer auf den natürlichen Wasserläufen des Reiches zeitweise auszusetzen, wird mit einem Änderungsantrag der Demokraten in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der

## Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

Dazu fordert ein Antrag aller Parteien die Vorlegung eines Notgesetzes zur Regelung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Hausangestellten. Die Deutschnationalen verlangen einen Gehaltenswurf, der den Angestellten und Arbeitern die Kapitalbeteiligung, der den Angehörigen Unternehmungen ermöglicht, ein sozialdemokratischer Antrag verlangt Erhöhung der Reichswochenhilfe. Es liegen Auswahlanträge vor zur Förderung des Siedlungswesens, neuzeitliche Forderung der Seemannsordnung, Schaffung nahrungbringender Arbeitsgelegenheit.

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die 4 Milliarden Gesamtzulage, mit denen der Haushalt meines Ministeriums abgeschlossen, könnten erschreckend wirken, aber es ist zu berücksichtigen, daß das Ministerium selbst nicht einmal den zweihundertsten Teil der Gesamtausgaben erfordert. Viel mehr verschlingen die wichtigen Sachausgaben, wie Zuschüsse zur Invalidenversicherung, Wochenfürsorge und dergl. Ein sozialem Gehaltenswurf verlangt der verlorene Krieg trotz größter Sparanfänge immer noch höchste Anspannung. Die Sozialpolitik darf trotz der ungünstigen Wirtschaftslage nicht ruhen. Einen hervorragenden Anteil an den neuen Ausgaben hat die Sorge um die Arbeiterschaft. Der deutsche Arbeitsmarkt wird besonders im Ausland viel zu günstig angesehen, aber in der Statistik erscheinen ja nur die unterstützten Erwerbslosen, nicht die unterstützungslosen und die Kurzarbeiter. Unsere Arbeitslosigkeit ist vielmehr seit Kriegsende eine chronische Erkrankung geworden und macht uns die größte Sorge. Leider sind der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit Grenzen gesetzt. Vor allem kommt es an auf den Ausbau und die Förderung der Arbeitsnachweise; ein Gehaltenswurf über diese Materie ist bereits fertiggestellt. Unsere Bemühungen um produktive Erwerbslosenfürsorge

bewegen sich dauernd in der Richtung des Programms, das ich seinerzeit bei der Interpellation über die Arbeitslosigkeit dargelegt habe. Dieses Programm ist in seinen wichtigsten Teilen bereits verwirklicht. Bis zum 18. Februar 1921 sind 5226 Anträge auf Bewilligung der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingegangen, wovon 3504 bewilligt wurden. Eine Kostensatzung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer zur Bekämpfung von Kleidungsnot haben wir mit Krediten unterstützt. Die Arbeitslosenversicherung nach dem früheren Entwurf ist augenblicklich undurchführbar, jedoch werden wir umgehend ein Gesetz für eine vorläufige Arbeitslosenversicherung ausarbeiten. Für die Wintermonate ist eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchgesetzt worden. Am 1. Dezember bezogen Unterstützung 349 382 Erwerbslose, am 1. Februar 432 381 Erwerbslose.

### Das Uebereinkommen vom Februar 1920

zur Durchführung des Spaabkommens ist von den Bergarbeitern durchgeführt worden. Die Arbeitsleistung und die Kohlenförderung ist wesentlich gestiegen. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Schichtdauer der Bergleute zu verlängern, doch hoffen wir, in neuen Verhandlungen mit den Bergleuten eine für alle Teile befriedigende Lösung zu finden. Die Führer der Gewerkschaften sind neulich bei der Regierung vorstellig geworden, die Lebenskosten nicht noch mehr steigen zu lassen. Die Kohlenpreise können also kaum erhöht werden. Neben dem Bergbau ist die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft dringend notwendig. Durch die Urbarmachung der Weidelandereien, durch die ländliche Siedlung und die Bekämpfung der Viehkrankheiten wird daran gearbeitet. Was die Lohnpolitik betrifft, sucht das Ministerium den berechtigten Lebensansprüchen der Angestellten und Arbeiter gerecht zu werden, aber andererseits eine größere Arbeitslosigkeit zu verhindern.

### Durch die Teuerungspolitik

könnten örtliche Tarifstreitigkeiten vermieden werden. Um den zeitlichen Teuerungsschwankungen zu folgen, sind sorgfältig zu

fammengesetzte Schiedsgerichte notwendig. Eine wirklich befriedigende Lohnregelung kann nur einlezen, wenn die Löhne der Verantwortlichkeit und den Anstrengungen des Berufes entsprechend abgestuft werden. Das ist ein wichtiges Betätigungsfeld für die Organisationen, die Tarifgemeinschaften und Arbeitsgemeinschaften, die die Richtlinien für die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse schaffen müßten. Bei den Schlichtungsausschüssen waren 1919 84 000 Streitigkeiten anhängig, von denen über 30 000 durch Schiedspruch erledigt wurden; hieron wurden wiederum 72 Prozent der Schiedsprüche angenommen. Die Tarifverträge umfassen heute über 320 000 Betriebe und circa 9,3 Millionen Arbeiter. Die neue Schlichtungsordnung wird demnächst einlezen. Was das Demobilisationsrecht betrifft, konnte trotz der schwierigen Lage des Arbeitsmarktes von den notwendigen Beschränkungsmaßnahmen, zwecks Aufrechterhaltung der Produktivität der Betriebe nicht völlig abgesehen werden. Eine der schwierigsten Fragen bildet die

### Belegung der daniederliegenden Bautätigkeit.

An eine Rentabilität von Neubauten ist nicht zu denken. Die Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln dürfen die Baukosten nicht noch mehr verteuern. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf einer Wohnungsteuer trifft Vorkehrungen, daß Neubauten durch Mittel der Abgabe nur dann gefördert werden, wenn der Unternehmer dafür Gewähr leistet, daß spekulativer Gewinn ausgeschlossen ist. Nach dem Haushalt von 1920 sind 920 Millionen Bauförderungszuschüsse bewilligt, für Vermögensschiedlungen sind weitere 1 1/2 Milliarden vorgehalten. Die soziale Fürsorge für die Arbeitslosen löst die Reichsregierung sich besonders angelegen sein, ebenso die Notlage der Sozialrentner.

### Der Entwurf eines Reichsgesetzes

eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, eines Hausgehilfengesetzes, eines Heimarbeitergesetzes und eines Gesetzes über die Arbeitszeit der Angestellten wird dem Reichstag nächstens zugehen. Die 500 Millionen Mark für die soziale Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge soll zunächst für die Berufsfürsorge verwendet werden, dann aber auch für die Erziehungsfürsorge. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge für die Kriegswaisen und die Kinder von Kriegsbeschädigten werden höhere Aufwendungen nötig sein. Die Lazarette dürfen nur Behandlungs- und Pflegebedürftige aufnehmen. Ich hoffe, daß die Arbeiten und Bestrebungen meines Ministeriums für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die Annäherung der Klassen und Stände gute Vorarbeit leisten werden und zur Schaffung eines neuen Geistes beitragen — zur Erhebung des deutschen Volkes aus Erniedrigung und Not.

Abg. Kaiser (Soz.): Unsere bisherige Sozialpolitik war nur Platzhirsch. Die soziale Gesetzgebung muß geändert und ausgebaut werden. Gerade die trüben Folgeerscheinungen des Krieges erfordern erhöhte Anspannung der sozialen Fürsorge. Die dringend notwendige Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung wird wohl noch lange auf sich warten lassen; daher muß durch einzelne Änderungen die dringende Not beseitigt werden. Wir sind der Auffassung, daß nicht der Grundlag der Versicherung, sondern nur eine allgemeine Fürsorge instand ist, den Opfern auf dem Gebiet der Unfallversicherung wirklich zu helfen. Ein einheitliches Fürsorgegesetz muß an die Stelle der Reichsversicherungsordnung treten. Erhöhte Aufmerksamkeit muß der Unfallverhütung zugewendet werden. Ingesamt erlitten 1918 567 295 in Industrie und Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter Unfälle, davon waren nahezu 10 000 Tote und 100 000 Schwerverletzte. Der Krieg von 1870/71 erforderte nur das Bier- bis Fünftfache an Toten und Verletzten. Die Zahl der Unfallrentner betrug 1918 871 660, sie kann sich neben den Ziffern des Weltkrieges immerhin leben lassen. Nur wenn in dem neuen Gesetz der Unternehmer für die Unfälle haftbar gemacht wird, läßt sich die Zahl der Unfälle verringern. Bei den jetzigen Beträgen der Rente kann niemand bestehen. Auf dem Gebiet der Krankenversicherung fordern wir die allgemeine obligatorische Einführung der Familienversicherung. Das ganze Krankenwesen muß vereinfacht werden unter Berücksichtigung der Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen usw. Ganz unzureichend sind die Erhöhungen, die der Minister für die Wochenhilfe in Aussicht gestellt hat. Ein besonderes Kapitel ist die Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung. Unentgeltlich ist die Verschleppung der Anträge auf Rente bei den Reichsversicherungsbehörden, es geht nicht an, daß Kriegsbeschädigte jahrelang auf Erledigung ihrer Anträge warten müssen. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß auch auf die Erwerbsbeschränkten ausgedehnt werden. Von dem Gesetz über die Rege-

lung der Arbeitszeit befristeten wie eine Durchlöcherung des Schutzes. Das Reichsarbeitsgesetz findet angeblich Schwierigkeiten, nachdem der Entwurf schon fertiggestellt ist. Diese Schwierigkeiten können nur bei den interessierten Unternehmern zu liegen; die Arbeiterschaft billigt das Gesetz. Trotz der großen Heberlösung des Arbeitsministeriums darf nicht wie bisher viel geredet, aber wenig getan werden, vielmehr muß mit praktischer Sozialpolitik endlich ein energischer Anfang gemacht werden.

Abg. Dr. Fik (Dem.): Wir befürworten die Selbstverwaltung auch im Versicherungswesen. Wird die Auswahlabgabe eingeführt, so ist die weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit die Konsequenz davon. Die partielle Zusammenlegung der Schlichtungsausschüsse ist falsch.

Schluss 7 Uhr. Donnerstag: Wahl von 4 Schriftführern Weiterberatung.

## Reichswirtschaftsrat und Mietsteuer

In der Sitzung des Reichswirtschaftsrats gedenkt zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende des verstorbenen Abg. Legien, dessen Tod auch bei seinem politischen Gegner hohes Bedauern ausgelöst habe. Ein ehrendes Andenken wird ihm widerfahren. An Stelle von Legien ist Theodor Peispart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingetreten.

Darauf wird die Erziehung des ersten stellvertretenden Vorsitzenden vorgenommen. Gewählt wird Adolf Cohen (Metallarbeiter-Verband).

### Die unsoziale Mietsteuer angenommen

Es folgt der mündliche Bericht des Siedlungs- und Wohnungsausschusses zum Entwurf des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens (Mietsteuer). — Gehörte Dr. Schwarz (Direktor der Preuss. Central-Bodenkredit-A.G.): Der Ausschuss hat sich den sozialen Grundfäden des Regierungsentwurfes angeschlossen, daß die Abgabe abgemildert werden soll nach der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten. Die Steuer soll von den Ländern erhoben werden und 5 Prozent des Mietwertes von 1914 betragen; dazu dürfen die Gemeinden Zuschläge bis zu 10 Prozent erheben, so daß die gesamte Steuer 15 Prozent nicht übersteigen kann. Daneben soll mit Genehmigung der obersten Landesbehörde eine Wohnungszulagensteuer zulässig sein, um außerordentliche große Wohnungen stärker heranziehen zu können. — Direktor Henke (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätsgesellschaft) begründet einen Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach gewerbliche Unternehmungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden von der Steuer befreit sein sollen. — Oekonomierat Hoffdeutscher (Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft) stellt den Antrag auf Rückverweisung des Entwurfes an den Siedlungs- und Wohnungsausschuss. Für die Arbeitgeber der Landwirtschaft ist die Vorlage unannehmbar. Nach kurzer Aussprache wurde der Antrag schließlich zurückgezogen. — Wiebeberg (Arbeitnehmervertreter des Handwerks): Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe veranlaßt uns, für das Gesetz zu stimmen. — Oekonomierat Hoffdeutscher: Wir müssen unbedingt zu einem Preisabbau kommen. (Zurufe!) Durch den neuen Entwurf wird aber eine ungerodert fertige hohe Abgabe auferlegt. Das führt statt zu einer Verbilligung zu einer Verteuerung der Nahrungsmittelproduktion. Sie können den Landwirten nicht zumuten, daß sie allein die außergewöhnlich hohen Kosten tragen. — Ministerialrat Krüger (Reichsarbeitsmin.): Einer Bekämpfung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelproduktion, wie sie durch die Änderungsanträge vorgeschlagen ist, muß die Reichsregierung aus finanziellen Gründen widerstehen, da der Steuerausfall ein zu erheblicher sein würde. § 6 des Entwurfes stellt eine Beschränkung der Gemeinden bei Erhebung der Zuschläge vor. Ich bitte, von einer Änderung der Bestimmungen abzusehen. — Ing. Otto Schweizer (Berz. der techn. Angestellten) begründet einen Antrag, in § 6 die Bestimmung der obersten Landesbehörden zu streichen, den Beschlüssen der Gemeinden zur Erhebung von Luxussteuern beizutreten. Hier soll offenbar ein Nadel vorgeschoben werden, dagegen, daß einzelne Gemeinden in der Erhebung von Luxussteuern allzu weit gehen. Wenn man aber überlegt ist, daß wir unter einer unabweisbaren Wohnungsnot leiden, so möchte man eigentlich jeden Weg begrüßen, der geeignet erscheint, Wohnungen freizumachen. Ich kann nur wünschen, daß die Gemeinden nach dieser Richtung hin soweit gehen, als es nach dem ja ohnehin bestehenden Ausschussrecht der obersten Landesbehörde möglich ist. Sollten in einzelnen Fällen Gemeinden tatsächlich über das vernünftige Maß hinausgehen, so werden sich derartige Dummheiten von selbst korrigieren. — Ministerialrat Krüger:

**Spezial-Arzt** Dr. Satté für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, etc. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterdrückungen, etc. **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** (alt. Löser).  
**Spezial-Arzt** Dr. Satté für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, etc. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutunterdrückungen, etc. **Dir. A. Löser, Rosenthaler Str. 69-70** (alt. Löser).  
**Blasenwunden** **Geschlechts-** krankheiten, wenn alles andere versagt, noch mehr noch Hilfe im Naturheilverfahren. **Dr. med. Ludwig Aufhäuser**, Rosenthaler Str. 69-70.

### Wenn eins krank wird in der Familie ist der beste Ratgeber

„Der kleine Samariter“  
Er behandelt ca. 100 Krankheitsfälle verschiedener Art  
Ein Kräftiger: „Das Büchlein ist mit großer Sorgfalt zusammengefaßt und wird zur Heilung und Einleitung vieler Krankheiten beitragen. Ich kann eine Verbreitung nur empfehlen.“  
In einem Anhang gibt der kleine Samariter außerdem eine Anleitung zur Einleitung einer möglichen Hausapotheke.  
Preis 1.50 Mark  
**Buchhandlung „Freiheit“**  
Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

## Für 7,20 M. monatlich

(einschließlich aller Lehrmittel)

### können Sie nach unserer weltberühmten Methode Toussaint - Langenscheidt eine fremde Sprache erlernen!

Bedenken Sie, was das noch für Sie bedeutet! Für einen geringfügigen Betrag, den Sie gewiß für einen einzigen Theaterbesuch ausgeben, können Sie sich Kenntnisse erwerben, die für Ihr Vorwärtkommen von unermeßlichem Werte sind. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Deutschland in nicht allzuerner Zeit daran gehen wird, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande in größerem Maße auszubauen. Dazu sind Sprachkundige in großer Anzahl erforderlich. Nutzen Sie also die günstige Gelegenheit aus! Sorgen Sie dafür, daß dieser Ausbau auch Ihnen Vorteil bringt. Lernen Sie rechtzeitig fremde Sprachen! Unsere weltberühmte Methode Toussaint-Langenscheidt bietet Ihnen Gelegenheit in leicht verständlicher, bequemer u. interessanter Weise auf Grund des Selbstunterrichts jede wichtigere fremde Sprache zu erlernen. Keine Vorkenntnisse, keine bessere Schulbildung erforderlich. Das Studium nach unserer Methode ist eine interessante Beschäftigung für Ihre freien Stunden.



Prof. G. Langenscheidt  
Langenscheidtsche Verlagsbuchhdlg. (Prof. G. Langenscheidt)  
Berlin-Schöneberg, Bahustr. 29-30 • (Geegründet 1859)  
Verlag der Sprachunterrichtswerke nach der Methode  
**Toussaint - Langenscheidt**  
Auf unentgeltlichem Nachschick zur die gewünschte Sprache und Methode genau angeben und in offenem Briefumschlag (nicht als Postkarte) einlezen. Wenn mehrere Sprachen gemacht werden, nur als beschließender Brief zulässig.  
Hier abirechnen! Ich suche um Aufnahme bei in der „Freiheit“ angebotenen Probelektion der Sprache zu erlernen, portofrei und ohne Verbindlichkeit für mich.  
Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

## Wer die Wahrheit über Rußland erfahren will

lese das Buch von  
**Professor Dr. Carl Ballod:**  
**Gowjet-Rußland**  
Preis 5.— Mark / Gebunden 7.— Mark  
**Buchhandlung „Freiheit“** Berlin C 2, Breite Str. 8-9  
sowie in allen „Freiheit“-Expeditionen

Die neue Regierungsvorlage steht ein Verfassungsrecht der obersten Landesbehörde vor. Daher möchte ich mich dafür aussprechen, daß das Genehmigungsrecht der obersten Landesbehörde angenommen wird. — Umsoviel (Angestelltenvertreter): Meinen Freunden wird die Zustimmung zu der Vorlage sehr schwer. Die Rechte der Arbeiter ist und bleibt unsozial. Inwieweit werden ihre Erträge niemals dazu aus, um dem Wohlstandesbedürfnis in nennenswerter Weise abzuhelfen. Aus diesem Grunde muß von vornherein Kapitalisiert werden. Es müssen Anteile ausgenommen werden, und der Ertrag der Besteuerung muß zu deren Verzinsung und Tilgung dienen. Eine wirklich gelobte Möglichkeit zur Aufbringung der Mittel wäre,

das ganze Wohnungswesen auf die Basis der Gemeinwirtschaft zu stellen.

Meine Freunde sind aber überzeugt, daß dies nicht von heute auf morgen durchführbar ist. Wir können uns nur allerschwersten Herzens dazu entschließen, den besten Weg auf Jahrzehnte hinaus zu bestimmen. Aber wir stimmen der Vorlage zu, unter dem Gesichtspunkt, daß die Sache außerordentlich dringlich ist und daß noch für die festige Bauperiode jeder Schritt getan werden muß, der nur einigermaßen Aussicht bietet. Immerhin ersichert uns eine Reihe von Mängeln die Zustimmung. Wir müssen unbedingt darauf bestehen, daß keinerlei öffentliche Mittel an Privatkapitalisten verschleudert werden und darum beantragen wir, daß die Gewährung von öffentlichen Zuschüssen an private Bauten überhaupt ausgeschlossen sind. Wir sind aber mit dem Antrag Wisjell einverstanden, der verhindern will, daß die öffentlichen Zuschüsse in private Spekulationsgewinne umgelegt werden. Falls dieser Antrag angenommen wird, ziehen wir unsern Antrag zurück. Wir sind ferner gegen jede Bevorzugung der landwirtschaftlichen Gebäude und auch gegen die Steuerfreiheit der gewerblichen Zwecken dienenden öffentlichen Gebäude. Die Arbeitnehmer werden dem Gehehensurteil zustimmen unter der Voraussetzung, daß die Anträge Wisjell und Schweiher angenommen werden. — Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. — Die Vorlage wird in der Ausschussfassung mit den Anträgen Wisjell und Henke angenommen, alle übrigen Änderungsanträge werden abgelehnt.

Donnerstag, 11 Uhr: Stellungnahme zu den Pariser Beschlüssen und zur Londoner Konferenz.

## Der Parteitag der K. A. P. D.

K. A. P. D. und Moskauer Diktatoren

Vom 15. bis 18. Februar lagte in Göttingen der 3. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Der Bericht über diese Tagung läßt erkennen, daß die 3. Internationale auch in dieser Organisation eine wilde Zerkünderarbeit leistete, die die Kräfte von der „Einheitsfront“ gründlich widerlegt. Schon das Begrüßungstelegramm, das die Exekutive an den Kongreß richtete, spricht für sich.

Bei Verlesung dieses Telegramms, das die Einigung mit der K. A. P. D. fordert, schloß sich die Mehrheit der Delegierten offenbar nicht unangenehm berührt, so daß, wie unser Göttinger Genosse berichtet, die empörten Zwischenrufe Wemferts und Schröders: „Freiheit! Unerschämte!“ kaum Protest erregten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Debatte über den Anschluß der K. A. P. D. als „Sympathisierende“ an die 3. Internationale. Aber schon zu Beginn des Kongresses zeigte sich die von Moskau geschlossene Kluft innerhalb der Partei, denn es wurde der Beschluß gefaßt, dem schärfsten Gegner Moskaus, Wemfert, überhaupt das Wort zu verweigern! Was nicht verhinderte, daß einige Stunden später ein anderer einstimmig gefaßter Beschluß — Franz Wemfert das Korreferat zum Punkt 3. Internationale übertrug.

Schröder hielt das Referat zu diesem Thema. Er sprach offen aus, daß die 3. Internationale heute nichts anderes darstelle als ein Instrument der russischen Staatsautorität und daß bei den Beschlüssen der Exekutive nicht die Situation in Westeuropa, sondern die russischen Staatsnotwendigkeiten bestimmend seien. Schröder wandte sich scharf gegen diese Tatsachen und konstatierte, daß die Thesen und Leitlinien der Moskauer Internationale nicht diskutabel seien für die K. A. P. D. Sehr scharf wandte sich Schröder dann gegen die K. A. P. D. In Halle hat man gesagt, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sei schlimmer als die Orgesch. Nun, dann muß hier gesagt werden: die K. A. P. D. ist hundertmal gefährlicher als die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale! (Großer Beifall.) Doch so energisch schloß Schröder auch gegen Moskaus Praktiken stemmte — schließlich besüßwortete er dennoch den Anschluß der K. A. P. D. „Unsere Aufgabe in der Internationale ist, die K. A. P. D. hinauszuzerren.“

Der Korreferent Wemfert, der sein etwa zweistündiges Referat mit zwingendem Anlagematerial gegen Moskaus Parteibildung ausstattete, kennzeichnete zu Beginn seiner Ausführungen die Zustände innerhalb der führerfeindlichen K. A. P. D. die merkwürdig sind. Wemfert stellte fest, daß die Leitung es sorgfältig verhindert habe, in der Parteipresse den Anschluß zu beurteilen; nur zustimmende Stimmen seien erlaubt gewesen. „Die Sifferbrüder „Freiheit“ hat vor dem halbesahen Parteitag der K. A. P. D. allen Ansichten breiten Raum gewährt; in unserer

K. A. P. D. darf nur stehen, was dem jeweiligen Redakteur in den Kram paßt, um die Arbeiter nach einer bestimmten Richtung hin zu orientieren. Ist das nicht Konzenzierung verwerflicher Art?“ Wemfert stellte ferner fest, daß die erweiterten Ausschüsse der Partei sowohl die Verhandlungen mit der Exekutive wie den Anschluß und die Einsetzung eines ständigen Sekretärs nach Moskau vorgehen haben, obwohl der zweite Kongreß der K. A. P. D. sie dazu nicht legitimiert hat. Der gegenwärtige Parteitag sei vor vollzogener Tatsache gestellt und so geschickt zusammengestellt, daß der „Geschäftsführende Hauptauschuss“ der Partei, die keine Partei sein wollte, aber die bösesten Parteieigenschaften kultivierte, nichts zu befürchten habe.

In bezug auf die 3. Internationale erklärte der Korreferent: Wer dem Arbeiter erzählt, die K. A. P. D. könne auf Drängen der K. A. P. D. aus der Internationale gedrängt werden, der beläge die Arbeiter. Tatsächlich seien 3. Internationale und K. A. P. D. identisch, während die K. A. P. D. sich von der Moskauer Parteibildung wie Feuer von Wasser scheide. Dann sagte Wemfert wörtlich: „Moskau hat das revolutionäre Proletariat Westeuropas verwirrt, hat die proletarische Kampffront zertrümmert, hat einen breiten Sumpf geschaffen, hat ein wildes Gegen einander der Arbeiter auf dem Gewissen, die vorher nebeneinander standen. Die Bourgeoisie adeln darf mit Stalin, Kadel und Lenin zufrieden sein! Bildt doch auf Halle, Tours, Italien! Nie ist Bolshewismus so stupplos betrieben worden, so schamlos wie jetzt von Moskaus Regierung internationale. Und weshalb? Moskau hat den Glauben an ein schnelles Fortwärtsschreiten der Weltrevolution angefaßt. Moskau muß deshalb mit dem Kapitalismus Kompromisse abschließen und brennt in allen Ländern parlamentarische Stützen, nicht aber revolutionäre Arbeiter. Die 3. Internationale, wie sie sich heute darstellt, ist ein Verhängnis für die Weltrevolution! Sie führt nicht zum Siege, sondern zu den lurchstärksten Niederlagen. Das haben auch die Genossen Gorice und Schröder erkannt, es ist also völlig unerkennlich, wie sie dennoch das „Sympathisieren“ befürworten konnten. Lenins Taktik ist die Taktik eines Staatsmannes geworden, der Diplomatie treibt mit der bürgerlichen Diplomatie!“

Wemfert schien es offenbar nicht mehr darauf anzukommen, dem Parteitag Konzessionen zu machen, denn er ging offen dazu über, die Haltung Otto Kühles in Moskau schloß zu verteidigen und überhaupt nachzuweisen, daß Kühle, im Gegensatz zur Mehrheit des Parteitag, auf dem Boden des Programms der K. A. P. D. stünde. „Die Revolution ist keine Parteilache, sondern die Angelegenheit der proletarischen Klasse! Und wir denken nicht daran, die K. A. P. D. in ihren revolutionären Aktionen brüderlich zu unterstützen, denn diese Aktionen, wenn sie überhaupt jemals erfolgen könnten, was wir bezweifeln, sie hätten die Diktatur der Proletarier als Ziel und wären gegen uns gerichtet. Wir werden dann gegen diese Diktatur los zu kämpfen haben wie gegen die Kosschidiktatur. Wir haben nicht eine Minute „brüderliche Unterstützung“ der K. A. P. D. zu gewähren, sondern feindlichsten Widerstand!“

Eine Resolution des Korreferenten, die von Mitteldeutschland übernommen wurde, besagt unter anderem:

„Getreu dem Rätegedanken und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen, die sie auf ihrem zweiten Kongreß gefaßt hat, verzichtet die K. A. P. D. in aller Form auf die Ehre, vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale provisorisch als „sympathisierendes Mitglied“ anerkannt zu werden. . . . Die Vorbedingung für eine internationale Vereinigung der Arbeiter ist die Bildung einer geschlossenen revolutionären Kampffront in den einzelnen Ländern. Diese Front kann nicht eine Parteifront sein; sie kann nur auf dem Boden des Räteprogramms durch die Betriebsorganisationen geschaffen werden.“

Diese Resolution wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt. Dagegen fand folgende Resolution gegen wenige Stimmen Annahme: „Der Parteitag billigt den Anschluß an die 3. Internationale als sympathisierende Partei unter den beiden bekannten Bedingungen. Er macht es der gesamten Partei wie jedem einzelnen Genossen zur Pflicht, auch innerhalb der 3. Internationale mit aller Schärfe und revolutionären Disziplin den unerträglichsten Kampf gegen jede Form des illusionistischen Opportunismus und Reformismus weiterzuführen.“

Sollte die 3. Internationale an die K. A. P. D. irgendwelche Forderungen stellen, die im Widerspruch mit unserem Programm oder unserer Taktik stehen, so sind dieselben selbstverständlich abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, wieder ausgeschlossen zu werden.“

Aus der Diskussion, die dann einsetzte und einen ganzen Tag ausfüllte, ergab sich übrigens, daß die K. A. P. D. bereits drei Richtungen beherbergt: Wemfert (Kerneiner der Partei im üblichen Sinne), Schröder (Halbverweiner der Partei) und eine dritte Richtung, die sogar die Parteibildung als Ziel nicht unbedingt verwirft!

Aus den übrigen Tagungspunkten interessiert noch der Gegensatz, der zwischen Allgemeiner Arbeiter-Union und K. A. P. D. zu bestehen scheint. Während Schröder und Wemfert die U. A. U. als künftige Einheitsorganisation betrachten, ist die Mehrheit diesem Gedanken feindlich. Es fanden sich strenge Kritiker der Betriebsorganisationen.

Ob nun die Genossen um Wemfert daran gehen werden, eine neue politische Organisation zu gründen? Moskau pflegt seinen Kritikern nicht Parolen zu geben, und Wemfert dürfte das Schicksal der Rauffenberg, Wolfheim, Kühle dach teilen!

## Stimmen der Parteipresse

„Republik“, Kiel.

Daß die U. S. P. D. in diesem Wahlkampf einen besonders schwierigen Stand hatte, muß jeder, ganz gleich in welchem politischen Parteilager er sich sonst befindet, zugeben, der einmal vorhandene Dinge objektiv zu beurteilen weiß. Die Spaltung der Partei, das Zerbrechen nicht nur am deutschen, sondern auch am internationalen Proletariat, hat seine Wirkung gezeigt. Und seien wir offen: Wären die Wahlen im Dezember oder gar schon im November vorgenommen, unter Verlust wäre noch weit beträchtlicher gewesen. So aber blieb uns doch einige Zeit zum Wiederaufbau der Organisation, die, auch das muß mit Offenheit festgestellt werden, nach der Spaltung vollkommen aus den Fugen gegangen war. So war es immerhin möglich, im Lande uns so zu schlagen, wie es die Verhältnisse erlaubten. Und das ist geschehen. Selbst in den Bezirken, wo die U. S. P. D. Organisationen nach Halle fast reiflos zu den Kommunisten übergegangen waren, haben wir Stimmenzahlen erhalten, die ein solches Wiederaufleben guter Organisationen verbürgen.

Selbstverständlich, eines ist nicht auszubedenken! Nimmt man die jetzt erzielten Resultate zur Hand und verleiht sie mit denen vom Juni, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Verluste der U. S. P. D. nirgends ausschließlich den Kommunisten zugunsten gekommen sind. Viele Wähler, die wir im Juni im härmlichen Vorwärtsdrängen mit uns gerissen haben, sind in momentaner Beweisungsstimmung über die Spaltung der Partei, wieder zu den Realsozialisten zurückgekehrt, während ein großer Teil rechtssozialistischer Wähler, die die U. S. P. D. im November 1918 und auch später noch für sich gewann, ins bürgerliche Lager zurückgewandt sind.

„Volkzeitung“, Langensalza.

Unsere Partei ist unter den denkbar ungünstigsten Umständen in den Wahlkampf gegangen. Vor wenigen Monaten von der Spaltungstiefe aufs schwerste erschüttert, ist es in der kurzen Zwischenzeit unmöglich gewesen, die Organisationen überall wieder neu aufzubauen und zu festigen. Es war also von Anfang an klar, daß die U. S. P. D. schwer im Nachteil war. Zu den Folgen der Spaltung kam als weiteres ungünstiges Moment hinzu die erbitterte Redde innerhalb des Arbeitervolk, die auf sehr viele Wähler geradezu abstoßend gewirkt hat. Der allgemeine vorzeichenende „Zug nach Rechts“ — eine vorübergehende Erscheinung — begründet in den zahllosen Enttäuschungen, die das Volk erlebt hat seit den Novembertagen, hat ein Übriges getan, das Ergebnis der Wahl ungünstig zu beeinflussen. . . .

Eine bittere Lehre, für uns allerdings nicht neu, bringt die geistige Wahl allen denen, die da glauben, es sei besonders revolutionär, die ganze Kraft auf die Bekämpfung der U. S. P. D. zu konzentrieren. Die Kommunisten haben während der Wahlbewegung ihr altes Spiel weiter getrieben, unsere Verformungen zu fördern oder, wo sie genügend Anhang zu haben glaubten, sogar zu brechen. Sie haben sich mehr auf die Bekämpfung unserer Partei eingestellt als auf den Kampf gegen die Reaktion. Und die Früchte dieser kurzfristigen, überstürzten Taktik? Nicht die Kommunisten haben sie erzielt, denn ihr Stimmengewinn ist nicht so stark. Den „Erfolg“ kommunistischer Kampfesweise können schmunzelnd die Reaktionen buchen.

„Freiheit“, Königsberg.

Würdigen wir das Wahlergebnis, soweit es unsere Partei betrifft, so ist dabei zu beachten, daß einmal ein außerordentlich harter Zustand ungeschulten, reformistisch eingestellter Massen zur U. S. P. D. erfolgt war, die nach dem völligen Verschwenken der Rechtssozialisten ins bürgerliche Lager wieder der U. S. P. D. in einer möglichst „radikalen“ Partei glaubten suchen zu müssen. Da ihnen die ökonomisch-politischen Zusammenhänge ein Bild mit fehen Elementen, konnte es, weil es unserer Partei in der kurzen Zeit nicht möglich war, für die nötige Aufklärung zu sorgen, nicht ausbleiben, daß diese Massen weiter nach links, zu der „radikaleren“ kommunistischen Partei abwandten, die mit allen Mitteln den Proletariern einen sofort möglichen Umschwung der Dinge vorkaufte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß, was ja bekannt ist, in der Wahlbewegung das Geld eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Russisches Geld und Entlastungskräfte haben den Kommunisten fast unbeschränkt zur Verfügung. Nicht so der U. S. P. D., die mit den geringsten materiellen und sonstigen Kräften — weite Teile der Propaganda konnten überhaupt nicht bearbeitet werden — von vornherein gegenüber allen andern Parteien im Nachteil war. Berücksichtigt man weiter, daß uns durch das wilde Treiben der Kommunisten zum größten Teil überhaupt jede selbständige Auffklärungsarbeit in Versammlungen unmöglich gemacht war, so wird man über das an sich wenig erfreuliche Wahlergebnis nicht allzu sehr zu trauern brauchen, weil man es als gewiß ansehen darf, daß die Erfahrungen der kommenden Zeit, vor allem die Unfähigkeit der K. A. P. D., die auf sie gesetzte Hoffnungen zu erfüllen, dahin führen werden, die Arbeiter auf den Weg zu der einzigen auf marxistischem Wege wandelnden proletarischen Partei zurückzuführen.

Verantwortlich für die Redaktionen: Emil Kobsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Karlsruhe. — Verlage: „Freiheit“, G. M. S. H., Berlin. — Druck: „Freiheit“, Druckerei G. M. S. H., Berlin C 2, Breite Straße 60.

# HERMANN TIETZ

## Handarbeits-Wettbewerb

18 Kinder von 7 bis 14 Jahren zum Besten der „Deutschen Kinderhilfe“  
Anmeldungen und Zeichnungen in der Handarbeits-Abteilung Leipzig-Strasser

# Billige Lebensmittel

Fleisch		Kolonialwaren		Schweineschmalz		Wild, Geflügel		Wurstwaren	
Fr. Rind-Gulasch Pfd.	10 <sup>00</sup>	Tafel-Reis Pfd.	2 <sup>85</sup>	rein amerikanisches Pfd.	11 <sup>25</sup>	Hirschfleisch Pfd. von	9 <sup>00</sup>	Fr. Blutwurst Pfd.	6 <sup>50</sup>
Rinderbrust u. Fehrlippe Pfd.	11 <sup>00</sup>	Voll-Reis Pfd.	3 <sup>85</sup>			Wildschwein Pfd. von	12 <sup>00</sup>	Rotwurst n. Thüring Art Pfd.	1 <sup>50</sup>
Gehödt. Rindfleisch Pfd.	12 <sup>00</sup>	Hülsenfrüchte geschält Pfd.	1 <sup>95</sup>	Margarine Pfd.	9 <sup>75</sup>	Hasen gestreift Stück	5 <sup>50</sup>	Sauwurst Pfd.	1 <sup>50</sup>
Schmorfleisch Pfd.	14 <sup>00</sup>	Erbsmehl Pfd.	1 <sup>75</sup>	frisch		Kaninchen Pfd.	8 <sup>00</sup>	Hausm.-Landleberw. Pfd.	1 <sup>85</sup>
Kalbs-Vorderfleisch und Lenden Pfd.	11 <sup>00</sup>	Nudeln Pfd.	7 <sup>25</sup>	gebr. Kaffee Pfd.	19 <sup>50</sup>	Rehblätter Pfd.	12 <sup>50</sup>	Feller Speck Pfd.	24 <sup>00</sup>
Kalbskeule im ganzen und gebr. Pfd.	12 <sup>50</sup>					Hühner Pfd.	14 <sup>00</sup>	Knackwürstchen Pfd.	24 <sup>00</sup>
Konserven		Obst, Gemüse		Magermilch Dose		Räucherwar., Fische		Käse	
Apfelsmus Dose	4 <sup>50</sup>	Apfelsinen Stück von	65 Pl. an		6 <sup>60</sup>	Bücklinge Pfd.	3 <sup>40</sup>	Landkäse Pfd.	7 <sup>40</sup>
Pfefferlinge Pfd.	6 <sup>00</sup>	Mandarinen Pfd.	5 <sup>00</sup>			Sprossen Pfd.	5 <sup>00</sup>	Auslandskäse n. Harzer Art Pfd.	3 <sup>50</sup>
Steinpilze Pfd.	10 <sup>00</sup>	Zitronen 3 Stück	85 Pl.			Kabliau o. Kopf im ganzen Pfd.	1 <sup>30</sup>	Brikäse Pfd.	7 <sup>80</sup>
Junge Erbsen Pfd.	5 <sup>00</sup>	Mohrrüben Pfd.	35 Pl.			Grüne Heringe Pfd.	1 <sup>50</sup>	Camembert Pfd.	7 <sup>60</sup>
Gemischtes Gemüse Pfd.	8 <sup>75</sup>	Kohlrüben Pfd.	30 Pl.			Brataal in Paradietlunke in Mayon. Dose 500 g.	11 <sup>50</sup>		
Bruchspargel stark Pfd.	10 <sup>25</sup>	Zwiebeln Pfd.	50 Pl.			Braiheringe Dose 500 g.	10 <sup>00</sup>		
Stangenspargel stark Pfd.	11 <sup>40</sup>	Märk. Rübchen Pfd.	20 Pl.			Aalbricken Dose 500 g.	9 <sup>00</sup>		
		Kartoffeln 10 Pfd.	5 <sup>00</sup>						

Donnerstag und Freitag **Reste-Tage** u. a. Wollstoffe, Seidenstoffe, Waschstoffe, Spitzen, Bänder, Gardinen usw. zu sehr vorteilhaften Preisen